

Hannover, 09.09.2024

Projektbericht:

Stärken- und Ressourcenanalyse zu Demokratie im Altenburger Land

Stefanie Kessler, Aline Fuß und Vivien Dos Anjos

Inhalt

1.	Forschungsauftrag, methodisches Vorgehen und Aufbau des Projektberichtes	1
2.	Ergebnisse aus der Dokumentenanalyse	3
3.	Ergebnisse aus den Gruppendiskussionen und den Kurzinterviews während der Stadtspaziergänge.....	5
	3.1 Demokratieverständnis	5
	3.2 Aktuelle Herausforderungen und Umgangsformen	7
	3.2.1 Gesellschaftliches Miteinander: Unzufriedenheit und Passivität.....	8
	3.2.2 Jugendliche: Keine (echte) Beteiligung	10
	3.2.3 Parteien: Aufstieg der AfD und unengagierte andere Parteien	13
	3.2.4 Exkludierende Praktiken: Intolerante Positionen in der Gesellschaft und Fremdenfeindlichkeit	14
	3.2.5 Informationszugänge: Falschinformationen, rechte soziale Medien und rechte Anzeigenblätter	16
	3.2.6 Demokratie- und Politikverdrossenheit	17
	3.2.7 Strukturelle Herausforderungen: Wirtschaft, Schule, Abwanderung/demographischer Wandel, Vernachlässigung des Landkreises.....	19
	3.2.8 Nicht aufgearbeitete Geschichte	21
	3.3 Stärken des Altenburger Landes zur Förderung von Demokratie	22
	3.3.1 Engagement für Demokratie im Altenburger Land	23
	3.3.2 Demokratie „im Kleinen“ in Institutionen und Vereinen leben.....	23
	3.3.3 Vernetzung und Kooperationen unter Engagierten im Altenburger Land.....	24
	3.3. 4 Weitere Stärken.....	24
	3.4 Wünsche für das Altenburger Land	25
	3.4.1 Offenheit und Wertschätzung in der Gesellschaft	25
	3.4.2 Mehr Engagement und Vernetzung	26
	3.4.3 Junge Menschen bleiben im Altenburger Land oder kehren zurück	26
	3.4.4 Weitere Wünsche	26
	3.6 Erfahrungen mit der Partnerschaft für Demokratie	27
4.	Interpretation der Ergebnisse, Implikationen und Handlungsempfehlungen.....	29
5.	Limitationen	34
6.	Literaturverzeichnis	35
	Anhang	38

1. Forschungsauftrag, methodisches Vorgehen und Aufbau des Projektberichtes

Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden „Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt [...] im Rahmen von lokalen Partnerschaften für Demokratie Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen.“¹ Die Kernziele des Programmes „Demokratie leben!“ sind Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen. Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung werden auf kommunaler Ebene als relevante Handlungsfelder implementiert.² Im Altenburger Land gibt es seit 20215 eine Partnerschaft für Demokratie (PfD). Diese baut auf dem vorherigen lokalen Aktionsplan (LAP) auf.

Deren Handlungsfelder – seit 2021: Stärkung der sozialen Integration durch besondere Wertschätzung und Stärkung der Zivilgesellschaft, Historische und politische Bildung im Umgang mit der lokalen Geschichte, Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft, Aufklärung über Populismus und undemokratische Tendenzen – wurden von den Schwerpunkten des Programmes „Förderung des Erhalts und der Stärkung der Demokratie, Gestaltung von Vielfalt in der Gesellschaft und Vorbeugung von Extremismus“ abgeleitet. „Die Zielsetzung des Bundesprogrammes [...] bilden die Handlungsschwerpunkte für unsere Projektarbeit vor Ort“.³

Durch die PfD und den vorherigen lokalen Aktionsplan werden und wurden seit über zehn Jahren Projekte zur Förderung von Demokratie im Landkreis Altenburger Land durchgeführt. Für die Neuausrichtung des Bundesprogrammes wurde eine Stärken- und Ressourcenanalyse für den Landkreis Altenburger Land in Auftrag gegeben, die von Prof. Dr. Stefanie Kessler, Aline Fuß und Vivien Dos Anjos umgesetzt wurde. Als Zielstellung wurde durch die PfD-Koordination formuliert, aktuelle Herausforderungen im Altenburger Land zu rekonstruieren, die im Rahmen der neuen Förderperiode bearbeitet werden können. Für die vorliegende Studie leiteten wir daraus die folgenden Fragen ab:

- Welches Verständnis von Demokratie liegt im Altenburger Land vor?
- Welche Herausforderungen für die Demokratie werden im Altenburger Land wahrgenommen? Wie werden die einzelnen Herausforderungen im Altenburger Land aktuell bewältigt? Welche Bewältigungsstrategien werden alternativ vorgeschlagen?
- Welche Stärken und Ressourcen zur Stärkung von Demokratie bestehen im Altenburger Land unabhängig von konkreten Krisen?
- Was wünschen sich Bürgerinnen und Bürger aus dem Altenburger Land und in ihm agierende zivilgesellschaftliche Akteure für die Zukunft des Altenburger Landes?

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, <https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie> zugegriffen am 26.03.2024.

² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/DemokratieLeben/Downloads_Dokumente/Foerderung/221027_Grundsaeetze_der_Foerderung_Kommune.pdf, zugegriffen am 09.09.2024, S. 3 und S. 7.

³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Antrag für den Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Altenburger Landes 2024.

- Welche Erfahrungen machen Bürgerinnen und Bürger und zivilgesellschaftliche Akteure im Altenburger Land mit dem Programm „Demokratie leben!“ und der Umsetzung im Altenburger Land?

Für die Beantwortung der Fragestellungen führten wir leitfadengestützte Gruppendiskussionen⁴, da diese besonders geeignet sind kollektive Erfahrungen⁵ zu erfassen. Zwischen dem 08.04.2024 und dem 13.06.2024 haben wir acht Gruppendiskussionen mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren im Altenburger Land geführt. Diese erfolgten in den folgenden Realgruppen: Steuerungsgruppe, Sozialarbeitende, Aktive in den Kirchengemeinden, Sportvereine, Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker, Jugendvereine, politische Bildnerinnen und Bildner und engagierten Bürgerinnen und Bürger. Es wurde somit ein breites Spektrum der Zivilgesellschaft im Altenburger Landkreis erreicht. Die Beteiligten nahmen alle freiwillig an den Gruppendiskussionen teil.

Fünf der Gruppendiskussionen wurden in Präsenz in Altenburg und drei wurden digital über Zoom durchgeführt. An den Gruppendiskussionen nahmen jeweils zwischen zwei und acht Personen teil. Die kürzeste Gruppendiskussion dauerte 37 Minuten. Die längste Gruppendiskussion dauerte zwei Stunden und acht Minuten.

Ergänzend wurden zur Beantwortung der Fragestellungen Stadtpaziergänge⁶ durchgeführt. Diese umfassten kurze Gespräche mit verschiedenen Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Raums. Die Stadtpaziergänge und situativ stattfindenden Gespräche führten wir am 06.05.2024 in Meuselwitz, Schmölln, Gößnitz, Nobitz und in Altenburg, durch. Über 30 Personen waren bereit hier an einem Kurzinterview teilzunehmen, welche mehrheitlich handschriftlich protokolliert wurden. Nur ein Interview durften mit Zustimmung der befragten Person aufgezeichnet werden.

Der Gesprächsgegenstand der Gruppendiskussionen und der Kurzinterviews im Rahmen der Stadtpaziergänge waren aktuelle Herausforderungen für die Demokratie im Altenburger Land sowie bewährte Instrumente, Konzepte und Initiativen. Zudem wurde nach notwendigen und noch nicht umgesetzten Ansätzen für die Demokratieförderung im Altenburger Land gefragt. Ein exemplarischer Leitfaden für die Gruppendiskussionen und die Stadtpaziergänge ist im Anhang (Anhang 1 und Anhang 2) einzusehen. Die Gruppendiskussionen wurden mit einem analogen Aufnahmegerät aufgenommen und anschließend transkribiert und anonymisiert.

Im Anschluss daran werteten wir die Daten mit der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse nach Kuckartz und unter Anwendung der Software f4analyse aus.⁷ Das entsprechende Kategoriensystem wurde induktiv und deduktiv entwickelt. Das Kategoriensystem für die Hauptkategorien ist im Anhang (Anhang 3) einzusehen.

Zusätzlich wurde entlang einer Dokumentenanalyse ein retrospektiver Blick auf die Schwerpunkte der Demokratieförderung im Altenburger Land im Rahmen der PfD geworfen. Ausgewertet wurden dafür unter anderem ehemalige Stärken- und Ressourcenanalysen (2013

⁴ Vgl. Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika, Gruppendiskussionen. In: Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.), Qualitative Sozialforschung. 5. überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin, 2021.

⁵ Vgl. Liebig, Brigitte/Nentwig-Gesemann, Iris, Gruppendiskussion. In: Kühl, Stefan/Strodtholz, Petra/Traffertshofer, Andreas (Hrsg.) Handbuch Methoden der Organisationsforschung. Wiesbaden 2009.

⁶ Vgl. Ehmayer-Rosinak, Cornelia, Empirischer Stadtpaziergang – ESP, <https://stadtpsychologie.at/empirischer-spaziergang> zugegriffen am 27.08.2024.

⁷ Vgl. Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan, Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, 5. erweiterte Auflage, Weinheim und Basel 2022.

und 2019), die Dokumentationen einer Demokratiekonferenz (2023), ein Antrag für den Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2023), Sachberichte im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben“ (2021 und 2022) und Listen an geförderten Projekten (2021, 2022 und 2023).

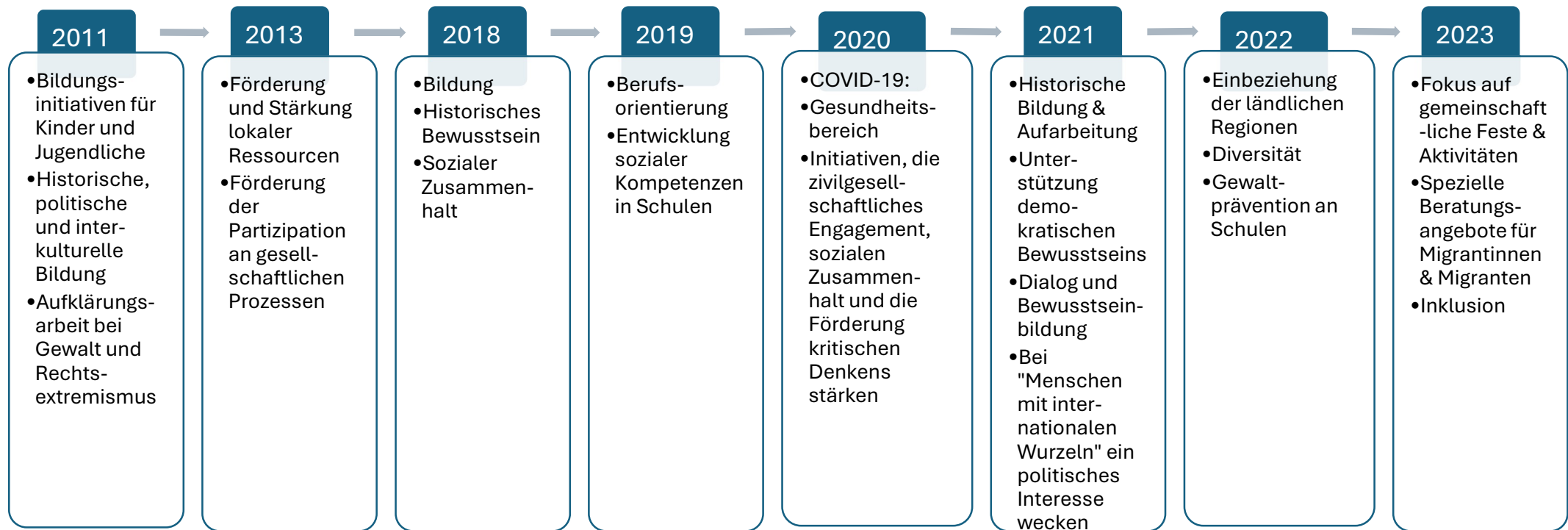
In dem Folgenden Projektbericht werden die Ergebnisse der Stärken- und Ressourcenanalyse dargestellt. Zunächst werden die Ergebnisse der Dokumentenanalyse (Kapitel 2). Anschließend werden die Ergebnisse der Gruppendiskussionen und Stadtspaziergänge präsentiert (Kapitel 3). Danach werden die Ergebnisse zusammengefasst und Implikationen für die neue Förderperiode der Partnerschaften für Demokratie für das Altenburger Land formuliert (Kapitel 4). Danach folgen die Limitationen der Studie (Kapitel 5). Die zentralen Ergebnisse werden in einem separaten Dokument in einfache Sprache übersetzt.

2. Ergebnisse aus der Dokumentenanalyse

In der Analyse kommt zum Ausdruck, dass sich die Handlungsfelder im Altenburger Land im Laufe der Jahre weiterentwickelt haben, die Kernziele jedoch beständig geblieben sind: die Förderung des demokratischen Engagements, die Prävention gegen Extremismus, die Integration und Inklusion verschiedener Gesellschaftsgruppen sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Auf Basis der Informationen der Sozialraumanalyse (2011) und der Situations- und Ressourcenanalyse (2013) wurden bereits Handlungsschwerpunkte entwickelt denen bestimmte Ressourcen in der Bearbeitung zugeordnet wurden. Im abgebildeten Zeitstrahl werden die verschiedenen Förderphasen mit ihren Zielen und Schwerpunkten aufgezeigt.

Retrospektiv wird hier eine dynamische Anpassung der Handlungsschwerpunkte an aktuelle gesellschaftliche Bedürfnisse und Herausforderungen deutlich, wobei die fundamentalen Ziele beständig im Fokus stehen. Dabei zeigten sich Schwankungen in der Zahl an eingereichten und geförderten Projekten sowie eine relative Homogenität unter den geförderten Projektträgern und -beteiligten. Ressourcen innerhalb der Projekte bilden eine Vernetzung mit Institutionen innerhalb der Projekte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Ehrenamtliche.



Die von 2021 bis 2023 formulierten Handlungsbedarfe im Altenburger Land, einzusehen in der Tabelle im Anhang (Anhang 4) wurden laut den Sachberichten durch die realisierten Projekte umgesetzt. Erkennbar ist eine Tendenz von der Förderung von Dialogen und demokratischen Bewusstseinsbildung innerhalb der Zivilgesellschaft (2021) hin zu einer aktiven Einbeziehung der ländlichen Regionen (2022) und einem Fokus auf gemeinschaftliche Feste und Aktivitäten, die alle Gruppen involvieren sollen (2023). Während Projekte im Jahr 2021 darauf abzielten, bei „Menschen mit internationalen Wurzeln“ ein politisches Interesse und Engagement zu wecken, wurden im Jahr 2023 spezielle Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten entwickelt. Das Jahr 2021 legten die Grundlagen für einen offenen Dialog sowie eine Vertiefung der partizipativen und kulturellen Bildung. Diese thematischen Schwerpunkte wurden im Jahr 2022 durch Projekte zu Themen wie Diversität und Gewaltprävention an Schulen vertieft und ausgeweitet. Im Jahr 2023 lag der Fokus der Projekte verstärkt auf der Gemeinschaft und der Inklusion.

3. Ergebnisse aus den Gruppendiskussionen und den Kurzinterviews während der Stadtspaziergänge

Im Folgenden wird die Auswertung der Gruppendiskussionen und der Stadtspaziergänge anhand der folgenden Hauptkategorien dargestellt:

- Demokratieverständnis
- Aktuelle Herausforderungen und Umgangsformen
- Stärken des Altenburger Landes zur Förderung von Demokratie
- Wünsche für das Altenburger Land
- Erfahrungen mit der Partnerschaft für Demokratie

3.1 Demokratieverständnis

In den Gruppendiskussionen wird von den unterschiedlichen Akteuren die Relevanz und Bedeutsamkeit der *Demokratie* hervorgehoben.

„*Meine Religion ist Demokratie!*“ (Person 29).

„*Am Ende ist es ja doch die beste Demokratie, die wir hier haben. [...] Die wir bisher überhaupt hatten*“ (Person 27).

Wie in diesem Zitat deutlich wird, wird Demokratie als handlungsleitend und zielstiftend gesehen. Dieses Bewusstsein gründet sich unter anderem aus Erfahrungen mit dem politischen System der ehemaligen DDR. Die gegenwärtige Demokratie wird damit vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen als alternativlos wahrgenommen.

Interessanterweise wird *Demokratie* mit

- Politik (und repräsentativer Demokratie),
- lebensnahen Bereichen

- Werten und Haltungen sowie
- mit rechtlichen Aspekten

assoziiert. Bei der Verknüpfung von *Demokratie* und Politik (und repräsentativer Demokratie) wird insbesondere auf politische Gremien, ein regelgeleitetes Prozedere und Wahlen verwiesen.

„Wir haben einen Stadtrat, der hat Ausschüsse, wir haben einen Kreistag, der hat Ausschüsse und der hat AGs und der hat Unterausschüsse“ (Person 33).

„So ein Verein ist ja auch ein demokratisches Gebilde. Da hat er eine Struktur und Aufbau. Da funktioniert noch eine Satzung und er führt Wahlen durch. Das ist ja eigentlich ein grunddemokratisches Gebilde“ (Person 22).

Dabei kommt insbesondere eine Verbindung zur Lebenswelt der Teilnehmenden zum Ausdruck. Demokratie und Politik wird auf die Kommunalpolitik (und nicht etwa Landes- oder Bundespolitik) und das Vereinswesen bezogen. Strukturelemente der repräsentativen Demokratie werden auch in weiteren lebensnahen Bereichen der Diskussionsteilnehmenden, wie in Kirchengemeinden, im Personalrat, in Begegnungsstätten oder allgemein in Vereinen erlebt.

Zudem verbindet die Mehrheit der Diskussionsteilnehmenden mit *Demokratie* bestimmte Umgangsformen und Werte. Angeführt wird das gegenseitige Tolerieren, Respektieren und Achten anderer Menschen und Meinungen. Zentral ist zudem die Möglichkeit, das Gemeinwesen selbst mitzugestalten, d.h. zu partizipieren, sich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen sowie dabei zusammenzuarbeiten, miteinander zu diskutieren und Kompromisse zu finden. Demokratie wird entsprechend mit Dialogbereitschaft und dem Führen von Diskursen verknüpft – auch abseits formaler Gremien.

„Wenn sich Menschen [...] treffen, miteinander aushandeln [...] egal, ob das jetzt in der Schlange beim Bäcker ist oder sonst was, ist ja erst mal ein Momentum für Demokratie, ne? Und es gibt halt formalisierte Sachen wie den Kreistag und gibt halt weniger formalisierte Sachen. Und ich glaube, auch von den weniger formalisierten Sachen, gibt es vielleicht mehr als man selbst manchmal“ denkt (Person 34).

Ein Teil der Diskussionsteilnehmenden verbindet *Demokratie* mit rechtlichen Aspekten, wie etwa mit dem Grundrecht, dem Versammlungsrecht, der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit oder das Demonstrationsrecht.

„Das gehört auch zur Demokratie, Also gleiche Rechte, gleiche Pflichten, genauso wie die gleichen Strafen, wenn ich etwas in der Richtung mache. Also das ist egal, ob das ein ganz normaler Bürger ist oder der Bundespräsident. Also wenn das strafrechtlich ist, dann ist es ganz klar und das ist für mich auch Demokratie, dass es hier keine Abstufungen gibt, ganz klar. [...] Und deswegen Demokratie“ (Person 3).

In nahezu allen Gruppendiskussionen werden aber auch die Sorgen um den Bestand und Erhalt der *Demokratie* besprochen. Person 33 beginnt beispielsweise sein Eingangsstatement mit dem folgenden Satz

„Also ich denke [...] wir haben ein Problem in der Demokratie. Ein ganz großes, ganz handfestes. Und nicht nur seit drei Jahren da, sondern es ist gewachsen. Wir erleben nur die Symptome. Und das merke ich auf sehr, sehr vielen Ebenen im Alltag“.

Interessant ist der im Zitat angeführte Alltagsbezug. Darin deutet sich an, dass Probleme für die *Demokratie* vor allem im menschlichen Miteinander erlebt werden, nicht etwa in formaleren Kontexten. Wie an anderer Stelle deutlich wird, ist den Diskussionsteilnehmenden bewusst, dass die gegenwärtige Form der *Demokratie* es nicht vermag, alle Menschen einzubinden, sondern sie im Gegenteil sogar verliert.

„Dass aber andere Leute einfach sich abgehängt fühlen mit demokratischen Prozessen“
(Person 34).

Mehrfach angeführt wird, dass die *Demokratie* in Gefahr sei, ein Problem habe, auseinanderzubrechen droht oder erodieren könnte.

Bezüglich des Demokratieverständnisses der Bürgerinnen und Bürger im Altenburger Land lässt sich zusammenfassen, dass *Demokratie* als repräsentative Demokratie, als Wertevorstellung und rechtlicher Rahmen geschätzt wird und gleichzeitig das Fortbestehen als gefährdet und bedroht gerahmt wird. Im Folgenden werden die konkreten Herausforderungen in Hinblick auf *Demokratie* im Altenburger Land aufgezeigt.

3.2 Aktuelle Herausforderungen und Umgangsformen

Die aktuellen Herausforderungen und entsprechende Umgangsformen für das Altenburger Land werden in der Reihenfolge ihrer häufigen Nennung dargestellt. Die verschiedenen Herausforderungen werden dabei gebündelt. Es werden die Herausforderungen als erstes genannt, die in den Gruppendiskussionen den meisten Raum einnahmen. Für jede genannte Herausforderung werden die Bewältigungsstrategien genannt, die aktuell oder in der Vergangenheit zur Begegnung angewendet wurden. Außerdem werden Vorschläge der Diskussionsteilnehmenden präsentiert, wie alternativ mit den genannten Herausforderungen umgegangen werden könnte. Dies sind die zentralen Herausforderungen, auf die im Nachgang genauer eingegangen wird.

- Gesellschaftliches Miteinander: Unzufriedenheit und Passivität
- Jugendliche: Keine (echte) Beteiligung
- Parteien: Aufstieg der AfD und unengagierte andere Parteien
- Exkludierende Praktiken: Intolerante Positionen in der Gesellschaft und Fremdenfeindlichkeit
- Informationszugänge: Falschinformationen, rechte soziale Medien und rechte Anzeigenblätter
- Demokratie- und Politikverdrossenheit
- Strukturelle Herausforderungen: Wirtschaft, Schule, Abwanderung/demographischer Wandel, Vernachlässigung des Landkreises
- Nicht aufgearbeitete Geschichte

3.2.1 Gesellschaftliches Miteinander: Unzufriedenheit und Passivität

Herausforderung: Mit Hinblick auf das gesellschaftliche Miteinander wird eine große Unzufriedenheit in der Gesellschaft problematisiert. Diese Unzufriedenheit wird zumeist nur verbal ausgedrückt und es folgen keine aktiven Handlungen zur Veränderung der Situation.

Problematisiert wird weiterhin ein mangelndes Bewusstsein für die gesamte Gesellschaft (im Sinne einer Gemeinwohlorientierung), an deren Stelle vorwiegend eine Ich-Zentriertheit steht.

Infolge wird ein geringes gesellschaftliches Engagement sowie die Spaltung der Gesellschaft im Altenburger Land als herausfordernd erlebt und kritisch betrachtet. Zum Ausdruck kommt dies vor allem in der Bildung von Gruppen und einer mangelnden Diskussionsbereitschaft untereinander.

Von den Diskussionsteilnehmenden wird eine starke Unzufriedenheit in der Bevölkerung im Landkreis wahrgenommen:

„So eine gewisse Verbitterung“ (Person 12).

„Die Altenburger meckern einfach extrem gern und das ist echt so! Mein Empfinden ist also erstmal wird gemeckert.“ (Person 9).

„Und trotzdem habe ich ja auch schon gesagt, klappt die Schere, zwischen denen die sozusagen deprimiert, hilflos und keine Lust haben mitzumachen“ (Person 27).

Aus dieser Unzufriedenheit resultiert jedoch der Wahrnehmung der Diskussionsteilnehmenden nach kein Engagement, die Gründe für die Unzufriedenheit anzugehen. Auch werden keine konkreten Wünsche nach Veränderung geäußert. Die Unzufriedenheit geht stattdessen mit Passivität und einer Verantwortungsdiffusion einher.

„Oder erlebe ich auch ganz, ganz sehr in meinem Alltag, das quasi Verantwortung für das, was ich möchte, wie es mir geht, wie ich die Gesellschaft haben möchte, weggeschoben wird an andere im negativen Sinne“ (Person 33).

„Sehe ich so ein Stück weit [...] [die] Passivität der Menschen als Herausforderung“ (Person 30).

Diese Passivität wird als herausfordernd erfahren. Infolge engagieren sich auch nur wenige Menschen ehrenamtlich und gesellschaftlich.

„Aber ich denke oder ich habe auch so ein bisschen das Gefühl [...], dass [...] das ehrenamtliche Engagement insgesamt weniger geworden ist“ (Person 15).

Stattdessen wird sich zurückgezogen.

„Irgendwie scheint es in der Gesellschaft keine Empathie mehr zu geben. Jeder ist sich selbst der Nächste“ (Person 17).

Außerdem bilden sich Gruppen, was die Diskussionskultur im Altenburger Land gefährdet.

„Der Diskurs ist nur noch zu da, wo stehe ich? Was ist meine Ingroup? Das ist die Outgroup und ähm darüber definiert sich alles, jeder [...] Diskurs. Und das finde ich sehr, sehr bedenklich“ (Person 33).

Darin schließt die Sorge der Spaltung der Gesellschaft an.

„Wir müssen aufpassen, dass unsere Gesellschaft nicht auseinanderfällt. Wir sind im Moment an einem Punkt, wo es an allen Ecken und Enden bröckelt“ (Person 28).

In der Gruppe der Sozialarbeitenden wird der Schritt zu Gewalt als Folge der Unzufriedenheit und der mangelnden Diskussionskultur untereinander problematisiert. Dabei werden insbesondere Angriffe, wie die *„körperliche Bedrohung auch von Politikern oder von Leuten, die sich engagieren, ja nachweislich zugenommen hat“* (Person 15) angesprochen. Als Beispiele angeführt werden Attacken auf den sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer oder *„Bürgermeister, die [...] auch täglich angegriffen worden sind oder bedroht worden sind“* (Person 16). Person 17 berichtet zudem davon, persönlich bereits betroffen gewesen zu sein. Person 17 wurde bei politischen Veranstaltungen auf dem Marktplatz beleidigt. Darüber hinaus werden verbale Angriffe gegen die Polizei problematisiert.

Bisherige Bewältigungsressourcen:

Für die Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders werden in den Gruppendiskussionen einige Bewältigungsstrategien genannt. In der Mehrheit der Diskussionen wird das Projekt Altenburger essen gemeinsam/ Essen am Markt mit dem Ziel *„Stärkung der Gemeinschaft, des gemeinschaftlichen Zusammenlebens“* (Person 16) angesprochen. An diesem Angebot wird gelobt, dass unterschiedliche Menschen niedrigschwellig ins Gespräch kommen.

„Das ist ein Essen für Zusammenhalt und Toleranz in unserer Stadt“ (Person 9).

„Also ein Sichtbarmachen von Gemeinschaft finde ich gut. Und die niedrigste Hemmschwelle ist immer Essen und Trinken. Das leibliche Wohl und damit zum Ausdruck bringen, was man gemeinsam machen kann, finde ich gut“ (Person 30).

Eine Person fragt nach der Nachhaltigkeit dieses Angebotes. Darüber hinaus werden Initiativen wie das Projekt Stadtmensch oder Begegnungsorte wie die Jugendeinrichtung Factory, das Paul Gustavus Haus, die Farbküche oder der Hofsalon gelobt. Alle diese Einrichtungen bieten Räume bei Veranstaltungen und Feste für den Austausch. Zugleich hinterfragen die Teilnehmenden, ob mit diesen Angeboten alle Personen erreicht werden oder nicht vielmehr eine *„elitäre Bubble“* (Person 33) adressiert wird.

Darüber hinaus werden regelmäßige Feste von Vereinen als Begegnungsorte genannt oder Stadtteilstefte als Orte des Miteinanders wahrgenommen. Herausgestellt wird außerdem das Engagement des Eine Welt Ladens, bei dem Ehrenamtliche ein offenes Ort für die Probleme von Bürgerinnen und Bürger haben und so deren Frustration abfangen. Betont wird auch die Veranstaltungsreihe Akademie in der Aula der Volkshochschule, die den Anlass zur Vernetzung unter Anwohnenden ermöglicht.

Im Umgang mit dem mangelnden Verantwortungsbewusstsein und Engagement wurde als weitere Umgangsstrategie die von einer AG erstellte Bürgerbefragung *„was gefällt, was gefällt nicht, was sollte noch verändert werden, was sollte gemacht werden“* (Person 18) angesprochen. Deren Ergebnisse wurden zum einen an den Oberbürgermeister übermittelt und zum anderen wurde mit Anwohnenden im Altenburger Land das Gespräch gesucht.

Aus Unsicherheit selbst angegriffen oder bedroht zu werden, wird begründet sich nicht gegen Gewalt gegen Ehrenamtliche auszusprechen.

„Nee, also dafür tue ich mich ehrenamtlich [...] nicht engagieren, weil da ist mir mein Leben lieber“ (Person 16).

Während einige Angst haben, selbst attackiert zu werden, sprechen sich andere Diskussionsteilnehmenden hingegen dafür aus, zu kämpfen und nicht klein beizugeben. Welche Handlungen dieser Einsatz beinhaltet, wird nicht genannt. Angriffe gegen die Polizei werden angezeigt.

Vorgeschlagene Bewältigungsstrategien:

In den Gruppendiskussionen wird der Wunsch nach mehr Begegnung-, Beteiligungsorten und Mitwirkungsmöglichkeiten deutlich. Die Unzufriedenheit der Menschen soll ernst genommen werden und das Gespräch über Probleme gesucht werden. Vorgeschlagen werden mehr Beteiligungsmöglichkeiten auf politischer Ebene wie ein Ortsteilrat oder die regelmäßige Veranstaltung von Demokratiefesten. Es wird nach Angeboten gestrebt, die Bürgerinnen und Bürger „handlungsfähig“ (Person 26) machen und „nachhaltig“ (Person 33) sind.

„Dass die Menschen die Möglichkeit haben, die Sachen, die sie haben, zu verwirklichen oder die Probleme, die sie haben anzusprechen oder die Interessen, die sie haben, umsetzen zu können, die Möglichkeiten, die Räume ihnen bieten, um im Endeffekt ja dieses Miteinander zu lernen und dann auch festzustellen. Aha, Ich kann ja was auf die Beine stellen“ (Person 14).

Betont wird außerdem, dass es an den öffentlichen und gemeinsamen Räumen die Möglichkeit geben muss, dass sich die Zielgruppen, wie etwa junge Menschen oder Anwohnerinnen und Anwohner, selbst organisieren.

„Und ich glaube, das ist wichtig, nachhaltig Anlaufpunkte und Communities aufzubauen.“ (Person 33)

Dabei wird angemerkt, dass Diskussionsräume gut moderiert werden müssen.

3.2.2 Jugendliche: Keine (echte) Beteiligung

Herausforderung: In den Gruppendiskussionen werden die Beteiligungsangebote und das Engagement der Jugendlichen besprochen. Es wird bedauert, dass es nur wenig engagierte Jugendliche gibt und sich diese wenig beteiligen beziehungsweise wenig für politische Prozesse interessieren.

„Wir haben große Mobilisierungsprobleme. Also junge Menschen zu irgendeiner Podiumsdiskussion zu kriegen, wo die Landratskandidaten da sitzen, ist irgendwie sehr utopisch“ (Person 5).

„Politik allgemein, die interessieren sich nicht mehr“ (Person 1).

Diese Position kann der Beobachtung gegenübergestellt werden, dass im Altenburger Land junge Menschen in der Breite nicht ausreichend in Entscheidungsprozesse eingebunden werden und sich deswegen nicht engagieren.

„Kreisjugendring [...] eine Organisation, die für sich behauptet, für junge Menschen zu sprechen, aber gar keine jungen Menschen in Entscheidungspositionen hat“ (Person 34)

„Es ist gar nichts passiert. Und formell ist da aber die Jugend beteiligt. Also demokratischer Prozess. Und, wenn wir nur auf Parlamente, Plenum, Pleni, Plenen

setzen und auf irgendwelche ganz plakativen Sachen, dann kommen wir hier nicht voran“ (Person 34).

„Und das bedeutet ja eigentlich junge Menschen haben überhaupt keinen, kein Stimmrecht, kein Stimmgewicht, keinen Wert. Und was ist das für eine Wirkung nach außen? Und das wird dann natürlich auch weitergetragen. Ich kann doch gar nichts ändern“ (Person 33).

Formale Formen der Beteiligung werden dabei kritisch und als nicht zielführend betrachtet. Nach außen hin entfaltet die mangelnde Beteiligung eine negative Resonanz: junge Menschen fehlt es an Selbstwirksamkeitserfahrungen. Die bestätigt sich im von einer Teilnehmerin angesprochenen Gespräch aktiver Jugendlicher aus Jugendverbänden mit dem thüringischen Ministerpräsidenten.

„Und die kamen wieder und waren völlig enttäuscht, weil die haben gesagt, der hat unsere Fragen, hat der gar nicht gehört. [...] Der hat nur seine Phrasen runter. Ein schönes Pressefoto und weiter ging es“ (Person 9).

Das Gespräch wird als einseitige Selbstdarstellung und Werbeveranstaltung des Ministerpräsidenten betrachtet und geriet infolge zur negativ erlebten Scheinbeteiligung. Im Zusammenhang damit kann auch die Kritik gesehen werden, dass zwar von Politikerinnen und Politiker der Bezug zu jungen Menschen gesucht und Versprechungen gemacht werden, diese jedoch dann nicht umgesetzt werden.

„Aber die Effekte, die eigentlich notwendig sind, um Ziele zu erreichen, die jungen Leute, die in der Region zu halten, Benachteiligungen auszugleichen oder eben den Value zu generieren, damit Leute in die Region kommen. Das wird immer in Schaufensterreden oder jetzt in Wahlreden postuliert, aber umgesetzt. Sehr schwierig“ (Person 30).

Des Weiteren wird bemängelt, dass es zu wenig Beteiligungsräume für junge Menschen gibt, und diese sozial selektiert sind. Problematisiert wird auch die nicht funktionierende Jugendarbeit in der Stadt Altenburg.

„Und dort ist aber auch die größte Baustelle für Jugendarbeit, die sozusagen nicht so funktioniert“ (Person 27).

Als weiterer Punkt wird in den Gruppendiskussionen die Sorge diskutiert, dass junge Menschen bei der U-18 Wahl rechte Parteien wählten. Es wird vermutet, dass diese Orientierung aus dem Elternhaus weitergegeben wird und alternative Angebote außerhalb des Elternhauses, dem nicht entgegenwirken können.

„Und trotz dass Schule und Projekte der außerschulischen Jugendbildung versuchen, da auf Jugendliche also da doch schon mal einen anderen Input reinzugeben und zu versuchen, also auch Meinungsbildung und eigenen Gedanken zu bestimmten Themen noch mal zu fördern. [...] Was am Küchentisch gesprochen wird, trotzdem Oberhand behält“ (Person 6).

Bisherige Bewältigungsstrategien:

In den Gruppendiskussionen wird deutlich, dass es hohe finanzielle Mittel für die Beteiligung von Jugendlichen im Altenburger Land gibt sowie viele Projekte und Initiativen zur Stärkung der demokratischen Beteiligung von jungen Menschen.

Dabei wird wahrgenommen, dass ein frühzeitiges Einüben demokratischer Prozesse, beispielsweise als „Klassensprecher, Schulsprecher“ (Person 9) oder auch in Vereinen zu einem nachhaltigen Engagement junger Menschen führt.

„Und das sind oft auch Jugendliche, die dann später bei uns sich engagieren, weil die so ein bisschen intensiveren Eindruck bekommen haben, als man es jetzt schafft“ (Person 9).

Die bestehenden Strategien lassen sich in punktuelle Projekte und gelebte Demokratie in Institutionen und Vereinen unterscheiden. Als punktuelle Angebote lassen sich die U-18 Wahl, digitale Informationsmaterialien zu Wahlen, Podiumsdiskussionen an Schulen, Graffiti-Projekte, der Red Hand Day, Planspiele, Vorträge zu Rechtspopulismus oder Einladungen von Jugendlichen ins Rathaus durch den Oberbürgermeister nennen. Innerhalb der Jugendarbeit kann Demokratie aber auch ‚gelebt‘ werden. Hier darf die Mehrheit der Nutzerinnen und Nutzer entscheiden, es wird gewählt oder Satzungen werden geschrieben.

Begegnungsorte für junge Menschen im Altenburger Land sind der Hof Salon, die Factory, das Casino, das Paul Gustavus Haus, der Späti, das evangelische Jugendkonvent, Jugendforen oder der FACK e.V. Hier können Jugendliche Demokratie üben und selbst gestalten.

„Unser Ansatz bei [...] ist es quasi zu sagen wir bauen einen Sozialisationsraum, wir bauen eine riesiges Peer to Peer Umfeld und gestalten die Interaktion so, dass A junge Menschen offen, auf Augenhöhe über Gedanken sprechen, dass B Herausforderungsräume sichtbar ist, also dass Probleme nicht einfach gelöst werden, sondern gesagt wird, guck mal, das ist ein Problem, jetzt brauchen wir deine Idee, du musst mal anpacken. Hilf uns das zu lösen“ (Person 33).

Als weitere etablierte Projekte bestehen das Landesprogramm Jugend prägt oder Kindern Urlaub schenken. Angeführt werden auch Lernpraktika von Jugendlichen in sozialen Einrichtungen.

Vorgeschlagene Bewältigungsstrategien:

In den Gruppendiskussionen wird deutlich, dass Projekte für Jugendbeteiligung insbesondere längerfristiger und nachhaltiger gestaltet sein müssen. Beteiligung darf nicht nur punktuell und in Projekten erfolgen, sondern braucht Kontinuität. Um mehr an den Alltag Jugendlicher anzuknüpfen, gilt es mehr digitale Angebote für Jugendliche zu etablieren.

Insgesamt sollten Jugendliche mehr mit Angeboten gefordert werden, selbst kreativ und aktiv zu werden. Für ihr Engagement sollten sie zudem mehr Anerkennung erfahren.

Darüber hinaus wird vorgeschlagen mehr Projekte an Schulen anzukoppeln. Auch gilt es die Zusammenarbeit mit Eltern und Gremien in der Sozialen Arbeit zu stärken, um Jugendliche zu aktivieren.

Grundlegend wird dabei erkannt, dass demokratische Prozesse durch Erleben gelernt werden und junge Menschen mehr nach ihrer Meinung gefragt werden sollten.

„Die Möglichkeit wo er das erste Mal in seinem Leben, dass er irgendwie mitwirken kann, mitentscheiden kann, mitgestalten kann und hat die Verantwortung bekommen“ (Person 34).

Jungen Menschen muss so die Möglichkeit gegeben werden, sich als „selbstwirksam“ (Person 34) zu erleben und mit anderen auseinanderzusetzen, die andere Standpunkte vertreten.

3.2.3 Parteien: Aufstieg der AfD und unengagierte andere Parteien

Herausforderung: In den Gruppendiskussionen wird die Sorge vor der Dominanz von rechten, autoritären, verfassungsfeindlichen Parteien in politischen Gremien deutlich. Verwiesen wird in den meisten Fällen auf die AfD. Es wird die Sorge geäußert, dass diese Partei eine zu große Position im Landrat, Kreistag oder bei den anstehenden Wahlen erreicht. Damit verbunden wird die Angst vor dem politischen Stillstand, sollte keine Zusammenarbeit mit den anderen Parteien möglich sein.

„Also hier hat der AfD Kandidat [...] das beste Ergebnis von seinen Parteikollegen in Thüringen eingefahren. Und das ist ein ganz großes Problem [...] der politischen Landschaft, würde ich sagen“ (Person 35).

Gleichzeitig wird problematisiert, dass sich die demokratischen Parteien wenig engagieren und hier Position beziehen.

„Und wenn ich von den anderen Parteien, da siehste keinen [...]. Aber der [...] [Kandidat der AfD], der kommt. Die anderen gehen nicht raus“ (Person 1).

Auch die Bürgerinnen und Bürger bei den Stadtpaziergängen problematisieren *„kein politisches Interesse der Parteien“ (Stadtpaziergang, Absatz 9).*

Bisherige Bewältigungsstrategien:

Auf den Aufstieg der AfD wird und wurde im Altenburger Land mit Aktionismus und Rückzug reagiert. Einerseits motiviert die Präsenz der AfD sich als Individuum oder Organisation politisch zu engagieren. So gibt es Engagierte, die als Kandidatin oder Kandidat für demokratische Parteien antreten, Flyer zu den mit dem Zugewinn an Macht der AfD verbundenen Gefahren schreiben und verteilen, ein Aktionsbündnis für Demokratie gründen oder sich an der *„Nie wieder ist jetzt“* Demo beteiligen. Die Spannbreite an individuellem Gegenengagement ist groß. Auch von öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie beispielsweise der Volkshochschule werden Veranstaltungen zu den Wahlen durchgeführt; die Kirche initiierte ein Konzertprogramm *„Herz statt Hetze“*. Auch entscheiden sich Schulen dagegen, Kandidaten der AfD zu Veranstaltungen einzuladen. Andererseits werden unter den Diskussionsteilnehmenden auch Überlegungen deutlich, das Bundesland Thüringen zu verlassen, sollte die AfD die Landesregierung stellen.

Vorgeschlagene Bewältigungsstrategien:

In den Gruppendiskussionen werden einige Vorschläge für den Umgang mit der AfD genannt. Insbesondere wird von den demokratischen Parteien eine klare Positionierung gegen die AfD erwartet und auch gefordert, dass die Zivilgesellschaft sich trauen soll, Stellung zu beziehen und sich nicht *„nicht wegducken“* soll (Person 31).

Darüber hinaus wird vorgeschlagen Kindern frühzeitig *„ein Demokratieverständnis zu vermitteln und zu sagen Mensch, die AfD [...] oder rechte Parteien [...] [sind] eine Gefahr für die Demokratie“* (Person 31).

Schulen werden als Ort gesehen, um junge Menschen über Rechtspopulismus bzw. -extremismus zu informieren.

„Ich würde mir auch wünschen, dass an den Schulen viel mehr passiert. Da gibt es auch Leute, die Überlegungen versuchen, da in die Schulen reinzutragen. Viel mehr Aufklärung gegenüber Populismus“ (Person 32).

Als weitere Idee wird angebracht, sich mit anderen engagierten Akteurinnen und Akteuren in Thüringen zu vernetzen und auszutauschen.

„Also ich denke mal, so was würde vielleicht für Altenburg auch mal ganz gut sein, mal jemanden ranzuholen oder ein paar Leute ranzuholen, die auch mal über Rechtsdruck reden können und vor allen Dingen auch aus den Erfahrungen, wie die dann damit umgehen. Also das ist nicht nur, will ich mal so sagen, dass wir hier im eigen Saft schmoren“ (Person 31).

„Also es bringt auch nichts, irgendwelche Demokratiekonferenzen zu machen, wo sowieso nur die hinkommen, die alle der gleichen Meinung sind.“ (Person 11)

Wie hier anklingt, besteht der Wunsch einerseits Engagierte von außen mit Expertise zum Thema Rechtspopulismus bzw. -extremismus einzubeziehen. Die Expertise soll dabei auf Erfahrungswissen, insbesondere zu Umgangspraktiken beruhen. Andererseits sollen bei Veranstaltungen auch Menschen mit anderen Vorstellungen integriert werden. Es besteht der Wunsch Demokratiekonferenzen diverser zu gestalten und Kontroversen zu zulassen.

3.2.4 Exkludierende Praktiken: Intolerante Positionen in der Gesellschaft und Fremdenfeindlichkeit

Herausforderung: Neben der Sorge um den Aufstieg der AfD als rechte Partei, werden in den Gruppendiskussionen rassistische, rechtsextreme, diskriminierende und intolerante Positionen und Aussagen in der Gesellschaft im Altenburger Land problematisiert. Angesprochen werden Aussagen und konkrete Angriffe gegen Geflüchtete, Ausländerinnen und Ausländer, Zugewanderte, people of colour oder der Wunsch nach einer autoritären Regierung oder einem *Führer*.

Geschildert wird, wie schwarze Menschen in der Stadt Altenburg regelmäßig verfolgt, beschimpft und bedroht werden. Beispielhaft wurde davon berichtet, wie eine Frau mit Hidschab beleidigt, ihr Hidschab berührt und ihr vor die Füße gespuckt wird. Die Diskussionsteilnehmenden erzählen von (privaten) Kontakten mit fremdenfeindlichen Personen und auch der Sichtbarkeit rechter Positionen im Altenburger Land im Rahmen der Montagsdemonstrationen.

„Man geht zum Einkaufen, ob das Schmölln ist oder hier in Altenburg, Lidl, da kommen dann Autos, steigen Muttis mit Kindern aus, hinten die schönen Heckscheibenaufkleber gegen Massenzuwanderung und Völkervermischungen, Abschiebehelfer“ (Person 17).

„Also es ist ja Wahnsinn. Man unterhält sich regelmäßig [...] [beim] Sport und plötzlich kommen da so bescheuerte Argumente, was zum Beispiel in Ukraine angeblich alles für Geld bekommt und dann, dann weißt du ganz schnell, ach, der läuft montags mit“ (Person 29).

Entsprechend wird befürchtet, dass rechte Positionen im Altenburger Land sagbar und *normal* werden.

„Ich sage jetzt mal rechte Akteure, Montags-Demonstranten [...] und aber alle lassen es geschehen und alle sagen so ja ich weiß es jetzt auch nicht. Wahrscheinlich ist das jetzt normal“ (Person 16).

Kritisiert wird, dass andere keine Stellung beziehen und durch fehlende Kritik eine Normalisierung erfolgt.

Bisherige Bewältigungsstrategien:

Für den Umgang exkludierenden Praktiken in der Gesellschaft im Altenburger Land werden Engagierte genannt, die Zivilcourage zeigen. Die politische Bildung sieht ihre Aufgabe in dem Bestärken dieser Personen und der Vermittlung unter Engagierten. Teilnehmende berichten davon, sich dazu zu entscheiden, sich in Gesprächen gegen fremdenfeindliche Positionen auszusprechen.

„Ich habe meine Stimme wieder gefunden für mich und ich möchte gerne jetzt daran arbeiten, dass die in einer größeren Runde auch wieder laut wird, dass ich, dass man hingehen kann und sagen kann: Ne, ne, deine Meinung ist scheiße, die ist menschenverachtend oder so was. Und das hast du hier nicht zu sagen“ (Person 16).

Andere Personen wählen hingegen das Schweigen, um Konflikte zu vermeiden.

„Also mit meinem Vater rede nicht mehr über das Thema Politik, weil wir jedes Mal im Streit enden“ (Person 9).

Befürchtungen über Konsequenzen insbesondere im familiären Umfeld kommen nicht von ungefähr. So verließen Menschen bereits als Reaktion auf erlebte Anfeindungen im Familienkreis die Region Altenburger Land.

Hervorgehoben wird außerdem die Initiative *„Weltoffenes Thüringen“*, Demonstrationen, Begegnungsaktivitäten wie interkulturelle Straßenfeste oder die Initiative *„Vier Gänge um die Welt“*. Genannt werden auch Seminare und Bildungsangebote, teils spielerischer Natur, gegen extremistische Positionen. Dabei wird von einer Person betont, dass es wichtig ist, auch Personen mit rechten Positionen teilhaben zu lassen und nicht auszuschließen.

„Nicht sofort zu sagen: Ne, du darfst bei uns nicht mitmachen. Ähm, dann einfach auch zu hoffen, dass die Leute, wenn sie einmal irgendwo angenommen sind, von [...] ihren tendenziell radikalen Ideen [...] [abzusehen] damit ein bisschen abzumildern so diese Strömungen, das könnte man auch unter Demokratieförderung verstehen“ (Person 10).

Als Ressource für Integration wird der Integrationswegweiser für Geflüchtete genannt, das Engagement der Ukrainehilfe, der Migrationsbeirat und ein von der Partnerschaft gefördertes Projekt, bei dem Migrantinnen und Migranten mit Bundestagskandidatinnen und -kandidaten ins Gespräch kamen. Positiv hervorgehoben wird die Unterstützung Ehrenamtlicher für geflüchtete Familien. Während der Flüchtlingskrise wurde die Aktion Pro-Humanity von Schülerinnen initiiert *„wo man dann so Kuchenbasar um Spenden zu sammeln [...] gemacht hat oder so Kleiderspenden gesammelt hat“ (Person 33).*

Umgekehrt wird positiv wahrgenommen, dass sich viele Geflüchtete in Vereinen, Sportvereinen oder Kleingärten engagieren und somit selbst etwas dafür tun, um sich in die lokale Gesellschaft zu integrieren.

„Also bei uns sind sehr viele, sehr viele Geflüchtete in den Vereinen, ja nichts besseres gibt es als in den Vereinen, dass die sich mit unserer Kultur verbunden fühlen, unsere Sprache sprechen, mit uns umgehen lernen“ (Person 23).

Genannt wird außerdem der Verein Abli e.V., als einzigen Verein der „migrantische[n] Selbstorganisation“ (Person 33).

Vorgeschlagene Bewältigungsstrategien:

Es wird appelliert, dass sich die Engagierten noch stärker vernetzen und ihr Engagement bündeln, beispielsweise in dem Aktionsbündnis „Weltoffenes Thüringen“. Außerdem wird der Wunsch geäußert zu lernen, wie man auf fremdenfeindliche Aussagen verbal angemessen reagieren kann.

3.2.5 Informationszugänge: Falschinformationen, rechte soziale Medien und rechte Anzeigenblätter

Herausforderung: In zwei Gruppendiskussionen wird das Annehmen und Übernehmen von Fake News als Herausforderung für die Demokratie gerahmt.

„Eine[...] gewaltige Flut an Fake News, gegen die man kaum ankommt“ (Person 29).

Es wird bedauert, dass junge Menschen sich an falschen Aussagen ihrer Eltern orientieren, keine Zeitung lesen und keine Nachrichten schauen.

„Da wurde mir immer gesagt, ach, Zeitung haben wir nicht mehr. [...] Nachrichten gucken wir nicht mehr. Also solche Aussagen, da weißt du, okay, was zu Hause abgeht“ (Person 2).

Darin verbirgt sich eine Kritik an einer einseitigen Information junger Menschen. Insbesondere soziale Medien werden dabei als eine Quelle dieser Falschinformationen genannt. In drei Gruppendiskussionen wird die Präsenz von rechten sozialen Medien problematisiert.

„Also beim digitalen Raum haben wir das Problem, dass der maßgeblich von rechts vereinnahmt ist“ (Person 5).

Das Potenzial von rechten Filterblasen, insbesondere bei jungen Menschen, die sich überwiegend über soziale Medien informieren, besorgt die Diskussionsteilnehmenden. Ein Gruppendiskussionsteilnehmer berichtet davon, wie ein junger Mann rechte Aussagen aus sozialen Medien reproduziert. Aber auch Erwachsene können von rechten Social-Media-Kanälen beeinflusst werden.

„Gerade der Mittelstand ist von Statusängsten geplagt. Und diese Statusängste werden über rechte Social-Media-Kanäle befeuert“ (Person 32).

In fünf Gruppendiskussionen wird die Presselandschaft im Altenburger Land bemängelt. Insbesondere wird das kostenlose Anzeigenblatt KURIER kritisiert, dass für viele Menschen im Altenburger Land eine wichtige Informationsquelle darstellt, beispielsweise um sich über Todesanzeigen zu informieren. Die Inhalte des Anzeigenblatts werden als rechtspopulistisch beschrieben. Die Inhalte seien falsch, unsachlich und aufhetzend.

„Da haben wir in unseren Gesprächen rausgefunden, dass wir ein rechtspopulistisches Anzeigenblatt, was es hier im Altenburger Land gibt, dass wir da sehen, dass das großen

Einfluss auch auf die Leute hat, auf die Menschen, gerade die älteren und die im ländlichen Raum. [...] Also klar [...] dieses rechtspopulistische Anzeigenblatt sehe ich stark als Gefahr der Demokratie“ (Person 32).

Die anderen Tageszeitungen werden insofern kritisiert, dass diese *„eigentlich nur noch auf Boulevard ausgelegt sind. Insofern ist das insbesondere für Akteure, die jetzt nicht selber eine eigene Plattform haben, auch schwierig, die Themen überhaupt an den Mann zu kriegen“* (Person 36). Bemängelt wird also die Dominanz rechter und unsachlicher Informationsmedien im Altenburger Land, die verhindern, dass andere Themen und Perspektiven in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden⁸.

Bisherige Bewältigungsstrategien:

Für die Herausforderung des Umgangs mit Falschinformationen, rechtsorientierten sozialen Medien und Printmedien werden verschiedene Strategien im Altenburger Land angewendet. So werden selbst Inhalte, wie eigene Zeitungsausgaben oder Social-Media-Beiträge erstellt und als Informationsquelle zur Verfügung gestellt. Bei der eigenen Zeitungsherausgabe wurde jedoch angemerkt, dass dies sehr zeitaufwendig war. Social-Media-Beiträge seien dagegen kurz, lebensnah und jugendgerecht und können auch im Schulunterricht oder in der informellen Bildung weitergenutzt werden.

Eine andere Strategie ist jedoch auch der Rückzug, das heißt eigene Inhalte eines Vereins werden nicht mehr in dem rechtsorientierten Anzeigenblatt veröffentlicht.

„Ich mache das [...] für meinen Verein schon seit zehn Jahren nicht mehr“ (Person 13).

Zwei Personen erklären zudem, dass sie sich aktiv gegen Falschinformationen positionieren, wenn sie im Gespräch oder in anderen Kontexten damit konfrontiert werden.

Vorgeschlagene Bewältigungsstrategien:

Vorgeschlagen wird die Überlegung mit verschiedenen *„Partnern so einen eigenen KURIER aufzulegen, der nicht das so befeuert und so die Spaltung vorantreibt“* (Person 9). Gleichzeitig wird angemerkt, dass dies ein hohes Arbeitsaufkommen ist und kräftemäßig nicht zu schaffen sei. Alternativ gilt es Inhalte stärker in digitalen Medien zu publizieren.

„Deswegen müssen wir mit unseren Inhalten kurz und jugendgerecht aufgearbeitet in den digitalen Raum kommen.“ (Person 5)

3.2.6 Demokratie- und Politikverdrossenheit

Herausforderung: In einigen Gruppendiskussionen wird ein mangelndes Demokratiebewusstsein und eine Demokratieverdrossenheit im Altenburger Land diskutiert.

„Also ich sehe wirklich Demokratieverdrossenheit an allen Ecken und Enden“ (Person 29).

„Und da sind wir jetzt schon wieder bei den Herausforderungen für die Demokratie. Das, was ich in den letzten Jahren erlebt habe an Offenheit, an Partizipation,

⁸ An dieser Stelle möchten wir anmerken, dass wir auch Journalist:innen aus dem Altenburger Land für eine Gruppendiskussion angefragt, aber keine Rückmeldungen erhalten haben. Ihre Perspektive konnte dadurch nicht aufgenommen werden.

Verbesserung des Demokratieverständnisses, Verbesserung der Akzeptanz der Partizipation. Das sehe ich jetzt sukzessive auf dem Rückbau“ (Person 30).

In diesem Zusammenhang wird problematisiert, dass demokratische Rechte wie das Versammlungsrecht, das Demonstrationsrecht oder die Meinungsfreiheit nicht mit Demokratie in Verbindung gebracht werden. Darin kommt ein vereinfachtes Demokratieverständnis zum Ausdruck, das sich vorrangig darauf bezieht, beteiligt und gehört zu werden.

Die wahrgenommene Frustration gegenüber Beteiligungsprozessen wird begleitet von einer Politikverdrossenheit.

„Da ist eine große Politikverdrossenheit“ (Person 9).

Problematisiert wird hier das Misstrauen von Menschen gegenüber dem politischen System sowie deren Gefühl, dass ihre Stimme bei Wahlen nicht zählt und dass politische Entscheidungen nicht bei ihnen in der Region ankommen beziehungsweise nicht ihren Interessen entsprechen.

„Es ist irgendwie so eine Frage wie wird, wie werden die Menschen wahrgenommen, werden die gesehen oder fühlen sie sich quasi immer nur übergangen mit allem?“ (Person 10).

„Ich glaube, das ist das Hauptproblem, dass die Menschen sich so ein bisschen alleine gelassen fühlen und nach Orientierung suchen“ (Person 28).

Die Diskussionsteilnehmenden nehmen wahr, dass die Menschen im Altenburger Landkreis sich mit ihren Interessen und Problemlagen von der Politik nicht gesehen fühlen. Es mangelt an politischer Anerkennung, was in Resignation und Frustration gegenüber der Politik resultiert. Umgekehrt möchten sich die Bürgerinnen und Bürger auch nicht selbst beteiligen und politisch engagieren. Es herrscht die Meinung vor, dass sie mit ihrem Engagement nichts ändern können. Demokratischen Handlungsmöglichkeiten werden also von einem Teil der Menschen im Altenburger Land nicht oder nur unzureichend angenommen.

Bestehende Umgangsstrategien:

Ein Teilnehmer berichtet von einem Planspiel, um Personen ein näheres Verständnis von Demokratie und demokratischer Praxis zu ermöglichen.

„Da hat auch die eine Kollegin so ein Planspiel mitgebracht. Das war wirklich geil. Also da hat die verschiedenen Formen von Demokratie, ist auch für größeren Gruppen ausgelegt, alle Altersschichten. Man beginnt also [...] [mit] so kleinen Gruppenaufgaben, die man lösen muss und zu jeder Gruppenaufgabe gibt es eine Demokratieform, Delegationsprinzip, direkte Demokratie, Abgeordnetenkonzepte, also das ganze Spektrum“ (Person 5).

Eine weitere Teilnehmerin verweist auf einen Demokratie-Werte-Turm, der bei Festen aufgebaut wird, „dass man einfach sagt hier spielerisch kann man die Werte über die Werte ins Gespräch kommen“ (Person 15). Andere Diskussionsteilnehmenden berichten insbesondere von Ermutigungspraktiken in der Auseinandersetzung mit anstehenden Wahlen. Eine Teilnehmerin schildert beispielsweise, Klientinnen und Klienten in der Einrichtung, in der sie arbeitet, für die Bedeutung wählen zu gehen, zu sensibilisieren. Genannt werden außerdem eine digitale Kommunalwahlhilfe und ein Wahl-O-Mat für das Altenburger Land. Bei anstehenden Wahlen werden von der Volkshochschule außerdem Podiumsveranstaltungen mit

Politikerinnen und Politikern organisiert oder Thesenpapiere herausgebracht, warum man zur Wahl gehen soll.

Dennoch wird hinterfragt, *„reicht das noch aus, Bildungsveranstaltungen zu machen. Also vor einigen Jahren haben wir so klassische Bildungsveranstaltungen gemacht, sage ich mal so für unsere Kundschaft, die ein bisschen so Werte und Normen und so zu vermitteln [...] . Jetzt stelle ich mir die Frage reicht das aus oder oder welche Ansätze können wir anbieten?“* (Person 17). Darin kommt ein Bewusstsein für die Grenzen der bisherigen Bewältigungspraktiken in Form von Bildungsangeboten zum Ausdruck.

Vorgeschlagene Umgangsstrategien:

In den Gruppendiskussionen wurden keine Vorschläge unterbreitet, wie mit der Demokratieverdrossenheit umzugehen ist.

3.2.7 Strukturelle Herausforderungen: Wirtschaft, Schule, Abwanderung/demographischer Wandel, Vernachlässigung des Landkreises

Herausforderung: In fast allen Gruppendiskussionen und auch bei den Stadtspaziergängen wurden eine Reihe an strukturellen Herausforderungen für das Altenburger Land genannt. Diese Herausforderungen beziehen sich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse im Altenburger Land, Mängel in der Schulausbildung, die Abwanderung von Menschen und den demographische Wandel in der Region, die Vernachlässigung des Landkreises durch die Landespolitik und sowie den schlecht ausgebauten Nahverkehr.

Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen wird kritisiert, dass nach der Wende die Potenziale des Altenburger Landes als Industriegebiet nicht genutzt wurden.

„Also eigentlich ist dieses Armutsrisiko quasi in den Jahren kurz nach der Wende entstanden, weil es die Politiker zu dieser Zeit irgendwie nicht geschafft haben, hier was zu machen, während ringsherum was geschehen ist“ (Person 26).

In dem Zitat zeichnet sich auch ab, dass in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger die Wirtschaft in anderen Landkreisen durch Politiker stärker gefördert wurde. Dabei schwingen der Eindruck und Vorwurf mit, dass der eigene Landkreis vernachlässigt und zu wenig getan wurde.

Als aktuelle Herausforderung wird der Kohleausstieg genannt. In dessen Folge es nur schlechte und wenig Arbeitsangebote und eine hohe Arbeitslosigkeit gibt, aus der ein Armutsrisiko für die Anwohnenden im Altenburger Land resultiert.

„Gefühlt ist die Gruppe der Menschen, die existenzielle Nöte haben größer geworden“ (Person 16).

Kritisiert wird auch das geringe Angebot an Geschäften, wie Fleischereien und Bäckereien, Arztpraxen sowie Angeboten an Festen im Altenburger Land. Das Innenstadtleben wird von einer Passantin in Altenburg als sterbend beschrieben. Die lokale Infrastruktur wird somit als mangelhaft und unattraktiv erfahren.

„Es gibt wenig Gelegenheiten, wo man hin will“ (Stadtspaziergang Absatz 33).

Eine Verkäuferin, die im Rahmen der Stadtspaziergänge angesprochen wurde, beschreibt Meuselwitz als „Totendorf“ und langweilig. Ein Passant in Schmölln beschwert sich, dass in dem Ort wenig los ist.

„Gucken Sie in der Zeitung, Was ist in Schmölln schon los?“ (Stadtspaziergang Absatz 14).

Als Problem werden in diesem Zusammenhang die hohen Schulden der Gemeinden im Altenburger Land, wie beispielsweise von Schmölln, genannt. Diese führen zu geringen Handlungs- und Gestaltungsspielräumen in den Gemeinden, wodurch sie der Entwicklung wenig entgegenzusetzen können.

Bei dem Themenbereich Schule wird insbesondere der Personalmangel aufgrund des demographischen Wandels moniert. Die daraus resultierenden Unterrichtsausfälle werden als Problem für die Bildung junger Menschen wahrgenommen.

„Das Problem ist, dass wir in der Bildung so verkackt haben“ (Person 27).

Darüber hinaus wird der demographische Wandel und die Abwanderung von jungen Menschen als eine Herausforderung betrachtet. Dieser Trend hat die Folge, dass Stellen in Schulen und in der Verwaltung nicht mehr besetzt werden können. Gleichzeitig gibt es auch ein Verständnis dafür, dass junge Menschen das Altenburger Land, beispielsweise nach Abschluss ihres Studiums, verlassen.

„Und die Jugend, wie schon gesagt, die wandert ab. Verständlicherweise, weil hier keine Perspektive groß da ist“ (Stadtspaziergang Absatz 16).

Bemängelt wird außerdem, die Vernachlässigung des Altenburger Landes in der Landespolitik.

„Ich hatte auch lange Zeit das Gefühl, dass in Erfurt hier der Osten nicht wahrgenommen worden ist, dass wirklich das Altenburger Land irgendwie wie abgeschnitten war“ (Person 12).

„Wir sind hier die Verlassenen und die Vergessenen und für uns interessiert und keiner und deshalb sind wir so schwach, laut und hässlich in unseren Äußerungen“ (Person 12).

Kritisiert werden auch finanzielle Kürzungen seitens der Politik von Programmen zur Demokratieförderung. Allgemein herrscht unter den Befragten das Gefühl vor, dass der Staat sich aus Aufgaben zurückzieht und diese dem Ehrenamt überlässt.

Problematisiert wird darüber hinaus auch die Verteilung von finanziellen Mitteln innerhalb des Altenburger Landes. Konkret wird der Fokus auf die Stadt gegenüber dem Land kritisiert.

„Und die großen Summen, die in den sozialen Etat drin sind, in der Stadt Altenburg gelandet“ (Person 26).

Zusätzlich wird der schlechte Ruf von Altenburg bedauert.

„Du kommst aus dem Altenburger Land, aus Thüringen, AfD“ (Person 12).

Problematisiert wird ausschließlich von den Passantinnen und Passanten, die im Rahmen der Stadtspaziergängen interviewt wurden, der schlecht ausgebaute Nahverkehr zwischen den Ortsteilen:

„In der Stadt gibt es viele Busse aber keine fahren aufs Land“ (Stadtspaziergang Absatz 30).

„Wie komm ich von A nach B. Ohne Auto ist das sehr schwierig“ (Stadtspaziergang Absatz 46).

Diese genannten Herausforderungen können als strukturelle Herausforderungen der Region Altenburger Land gerahmt werden. Sie sind nur indirekt Herausforderungen für die Demokratie, da sie eine Unzufriedenheit mit der Region und auch gegenüber der Politik bedingen. Aus diesem Grund werden für diese Herausforderung die bestehenden Umgangsstrategien und vorgeschlagenen Umgangsstrategien, die nur selten genannt wurden, nicht dargestellt. An dieser Stelle sei angemerkt, dass ein Ernstnehmen und Bearbeiten von wahrgenommenen, strukturellen Problemlagen dazu beitragen kann, dass sich Menschen gesehen fühlen und zufriedener mit der Politik und der Demokratie sind.

3.2.8 Nicht aufgearbeitete Geschichte

Herausforderung: In zwei Gruppendiskussionen wird diskutiert, dass die Geschichte im Altenburger Land nicht ausreichend aufgearbeitet wurde. Die Teilnehmenden beziehen sich dabei insbesondere auf die DDR-Vergangenheit und den zweiten Weltkrieg. Kritisiert wird, dass die Wende und der Mauerfall unzureichend betrachtet und „*gebrochene Biografien*“ (Person 9) nicht thematisiert werden. In diesem Zusammenhang wird eine „*Geschichtsvergessenheit*“ (Person 9) und das Desinteresse von Jugendlichen, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, bedauert. Dabei rücken Mängel am Schulunterricht in den Blick. Es wird kritisiert, dass die DDR nicht intensiv genug in der Schule behandelt wird.

„Und trotzdem fehlt mir immer die DDR-Geschichte. Das ist so ein Schnelldurchgang“ (Person 2).

Hierbei wird bedauert, dass in der Zukunft Familienmitglieder jüngerer Menschen nichts mehr über die Vergangenheit des Altenburger Landes und zur ehemaligen DDR berichten können. Als Konsequenz wird die Aufarbeitung der lokalen Geschichte und Bedeutung für das Leben der Menschen eingefordert.

„Ja, aber ist aber das sind auch so, das gehört mit dazu. Das gehört auch mit zu dem Land und das gehört auch mit aufgearbeitet und das ist auch interessant“ (Person 8).

„Und da denke ich so bei all den Problemen, die wir haben, aber so eine Geschichtsvergessenheit irgendwie, dass das schon irgendwie eine Rolle spielt, dass man da vielleicht sich auch mal ran trauen müsste an solche Themen“ (Person 9).

Bisherige Bewältigungsstrategien:

In den Gruppendiskussionen werden verschiedene etablierte Möglichkeiten zur Aufarbeitung der Geschichte genannt. Hervorgehoben werden Besuche von Gedenkstätten und insbesondere von Konzentrationslagern. Es wird beklagt, dass solche Besuche in der Schule nur wenig etabliert sind. Die Vertretenden der Volkshochschule berichtet von Exkursionen zu Orten der Demokratiegeschichte, um das Bewusstsein zu stärken. Es wird aber auch über Besuche von lokalen Orten im Altenburger Land zum Thema friedliche Revolution oder jüdisches Leben berichtet. Insgesamt werden in diesem Zusammenhang die Projekte des Landes Thüringens

gelobt, ohne weiter ausgeführt zu werden. Als weitere Möglichkeiten werden Informationsveranstaltungen (z.B. zu Künstlerinnen und Künstlern in der DDR) im Rahmen von Feiern (1000 Jahr Feier Altenburg) oder das Zeigen von Filmen genannt. Eine Person berichtet von der positiven Erfahrung des Besuchs eines Improvisationstheaters.

„Da haben die Leute also wurden so Fragen gestellt. Wo warst du, als die Mauer fiel oder darüber? Über solche Fragen kam man so Stück für Stück rein. Und da waren noch ein paar Ältere, wo eine Verbitterung da war, wo die gesagt haben, das ist so schön, dass es mal was gibt, dass mal jemand uns an die Zeit erinnert und mit uns redet“ (Person 9).

Gerade die in diesem Format entstandene Interaktion mit den Menschen im Publikum wurde positiv erfahren, da sie einen Raum eröffnete eigene Perspektiven und Erlebnisse einzubringen.

Aus den Gruppendiskussionen geht hervor, dass sich der Geschichte häufig über Exkursionen an geschichtsrelevante Orte genähert wird. Es gibt aber auch andere Praktiken, wie das Schauen von Filmen oder die des Improvisationstheaters.

Vorgeschlagene Bewältigungsstrategien:

Von den Beteiligten an den Gruppendiskussionen werden vor allem bestehende Strategien bestärkt und weniger neue Ansätze vorgeschlagen. Die Exkursionen und Fahrten werden weiterhin befürwortet, wobei die Schule und engagierte Lehrkräfte in die Verantwortung gezogen werden. Außerdem wird überlegt, weitere Filme an angenehmen Orten im Sommer zu zeigen, um so auch das Interesse von Jugendlichen und Migrantinnen und Migranten zu wecken. Ein politischer Bildner plädiert dafür, sich auf lokaler Ebene mit Geschichte auseinanderzusetzen.

„Also ich finde immer, dass man sowohl Geschichte wie auch Kommunalpolitik immer lokal andocken muss, weil das gerade bei Kindern und Jugendlichen auch der Weg ist, wo es überhaupt funktioniert“ (Person 36).

Aus der Steuerungsgruppe der Pfd wird der Wunsch geäußert, sich mit der DDR-Geschichte auch im Rahmen der Pfd auseinanderzusetzen.

3.3 Stärken des Altenburger Landes zur Förderung von Demokratie

Ein weiterer Fokus der Studie lag darauf anhand der Gruppendiskussionen übergeordnete Stärken und Ressourcen zur Demokratieförderung im Altenburger Land herauszuarbeiten. Im Folgenden sollen insbesondere jene Stärken dargestellt werden, die unabhängig von konkreten, bereits zuvor genannten Krisen geschildert wurden:

- Engagement für Demokratie im Altenburger Land
- Demokratie „im Kleinen“ in Institutionen und Vereinen leben
- Vernetzung und Kooperationen unter Engagierten im Altenburger Land
- Weitere Stärken

3.3.1 Engagement für Demokratie im Altenburger Land

In fast allen Gruppendiskussionen wird hervorgehoben, dass es viele Ehrenamtliche im Altenburger Land gibt, die sich projektgebunden oder dauerhaft für die Demokratie im Altenburger Land einsetzen.

„Bürgerschaftliches Engagement, Ich finde, da ist schon wirklich viel im Altenburger Land oft da“ (Person 30).

„Wir hatten immer Akteure, die sich aktiv, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten, einbringen oder einfach nur da sind“ (Person 30).

„Und das ist glaube ich auch die die Dichte von ehrenamtlichen Projekten, ehrenamtlichen Organisationen sehr, sehr hoch hier“ (Person 34).

Dabei wird nicht nur auf erwachsene Ehrenamtliche verwiesen, sondern auch auf Kinder und Jugendliche.

„Das ist einfach wirklich auch schön, dass es da engagierte Kinder und Jugendliche gibt“ (Person 4).

Darüber hinaus besteht die Annahme, dass eine Mehrheit im Altenburger Land demokratische Werte schätzt und verteidigt.

„Es gibt glaube ich trotzdem mehr Leute, die auch gewillt sind, dass sozusagen auch langsam in die Hand zu nehmen“ (Person 16).

„Also wie bei der Demo, das war, das fand ich beeindruckend, das hat zusammenschweißt das Ding und du weißt eh, du bist nicht allein auf weiter Flur, sondern die anderen sind tatsächlich weniger“ (Person 13).

Menschen mit demokratiefeindlichen Positionen werden somit in der Minderheit gesehen. Die mehrheitliche Zustimmung zu Demokratie wird als unterstützend erfahren.

Insofern bildet zum einen der ehrenamtliche Einsatz der Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Stärke und Ressource der Demokratieförderung im Altenburger Land. Zum anderen lässt sich auch die mehrheitliche Zustimmung zu Demokratie in der Bevölkerung als Ressource betrachten, die es stärker zu aktivieren gilt.

3.3.2 Demokratie „im Kleinen“ in Institutionen und Vereinen leben

Die Teilnehmenden in den Gruppendiskussionen berichten wiederholt davon, dass innerhalb von Institutionen und Vereinen Demokratie ‚gelebt‘ wird. Kirchliche Jugendzentren, Begegnungsstätten, Kirchengemeinde, berufliche Kontexte, Gartenvereine, Feuerwehrvereine oder Sportvereine werden als Orte gerahmt, an denen Demokratie stattfindet.

„Also die Vereine, denke ich, sind ein Vorbild für die Demokratie“ (Person 23).

In diesen Kontexten werden gemäß von Satzungen Regeln befolgt, Wahlen abgehalten und in Gremien Mehrheitsbeschlüsse getroffen. Man folgt also einem demokratischen Prozedere in der Organisation des gemeinsamen Zusammenlebens. Hervorgehoben wird dabei die

Möglichkeit zur Beteiligung sowie das Aufeinandertreffen und Diskutieren unter Menschen auf Augenhöhe.

Auffällig ist, dass diese ‚gelebte‘ Demokratie in Institutionen und Vereinen als Demokratie im „Kleinen“ gerahmt wird.

„Horizonte, [...] ein kirchliches diakonisches Sozialzentrum [...] ist [...] so ein Demokratiespielfeld auf kleinem Raum“ (Person 11).

„Wir begleiten eine Begegnungsstätte, wo die Besucher und Besucherinnen immer angehalten sind, auch Ideen einzubringen, sich zu beteiligen. Also so einen ganz, ganz kleinen Stil sozusagen. Ähm, was ja auch schon irgendwie eine Form, ja schon eine demokratische Form ist“ (Person 16).

So wird auch diskutiert, dass in kleinen Einheiten Demokratie am besten gelebt werden kann.

„Da guckt man mehr auf die eigene Kita, zum Beispiel auf den eigenen Verein, auf die eigene Straße und hat da das Gefühl, dass man da mehr verändern kann. Und das ist vielleicht auch der Schlüssel“ (Person 28).

Eine Stärke des Altenburger Landes ist somit, dass in kleinen Einheiten, wie in Institutionen oder Vereinen Demokratie und demokratische Beteiligungsprozesse praktiziert und in diesem Rahmen auch gelernt werden können.

3.3.3 Vernetzung und Kooperationen unter Engagierten im Altenburger Land

In den Gruppendiskussionen zeigte sich, dass Projekte, Vereine, Institutionen und Individualpersonen mit ganz unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure im Rahmen der Demokratieförderung für verschiedene Projekte zusammenarbeiten.

„Das, was funktioniert, ist immer ein hohes Maß an persönlichem Engagement der Akteure, eine Vernetzung der Akteure“ (Person 30).

Die Vernetzung unter Engagierten im Altenburger Land ist damit eine zentrale Ressource und Stärke der Demokratieförderung. In den Gruppendiskussionen wurde aber auch deutlich, dass sich viele eine noch stärkere Zusammenarbeit und Bündelung der Kräfte wünschen. Insbesondere an eine verstärkte Zusammenarbeit von etablierten und neuen Engagierten wird appelliert.

3.3.4 Weitere Stärken

Über die genannten Stärken hinaus werden Projekte und Angebote der engagierten Einrichtungen im Altenburger Land als demokratiefördernd empfunden.

„Was wir politisch für Aktionen machen oder was man an Bildungsveranstaltungen macht“ (Person 33).

In diesem Zusammenhang werden auch finanzielle Förderungen als notwendig und im Altenburger Land genügend zur Verfügung stehende Ressource und Stärke der Demokratieförderung genannt.

„Also seit einigen Jahren [gibt] es immer mehr bürgerschaftliches Engagement [...] von verschiedenen Trägern, das ist möglich geworden durch viele auch bundesweite Förderungen“ (Person 32).

„Also wir als Landkreis schaffen es ja wirklich ganz, ganz viele Gelder hier gerade eben reinzuholen für so Projektvorhaben und sowas“ (Person 33).

Betont werden außerdem engagierte Bürgermeister und Angebote, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Ebenfalls gelobt werden Angebote des Kreistages wie etwa Einwohnerfragestunden oder Bürgerforen.

Außerdem werden in einer Gruppendiskussion das bestehende kulturelle Angebot und die Schönheit der Region hervorgehoben. In der gleichen Gruppendiskussion wird ebenfalls – im Gegensatz zur mehrheitlichen Wahrnehmung – angemerkt, dass auch junge Menschen in der Region bleiben oder ins Altenburger Land zurückkehren.

3.4 Wünsche für das Altenburger Land

Im Folgenden werden die zentralen Wünsche für die Zukunft des Altenburger Landes skizziert:

- Offenheit und Wertschätzung in der Gesellschaft
- Mehr Engagement und Vernetzung
- Junge Menschen bleiben im Altenburger Land oder kehren zurück
- Weitere Wünsche

3.4.1 Offenheit und Wertschätzung in der Gesellschaft

Mehrheitlich wird von den Diskussionsteilnehmenden der Wunsch nach mehr Offenheit gegenüber der Zukunft und nach einer Wertschätzung gegenüber den schönen Seiten des Altenburger Landes geäußert. Es wird sich gewünscht, dass die Potenziale im Altenburger Land erkannt und angenommen werden.

„Wenn das viel mehr Leute so sehen würden, um mal selber ein bisschen positiver reingeht. Altenburg hat ja auch viele Chancen“ (Person 9).

„Ich bin hier geboren und will auch nicht weg und deswegen würde ich mir das wünschen für die Zukunft, dass hier wieder mehr Leben kommt und die Leute nicht mehr so negativ sind und nur immer das Negative sehen“ (Person 4).

„Und ja, die Leute einfach auch mal drüber nachdenken [...] das es ja auch viel Gutes gibt. Also viele sehen ja alles nur mit der Negativbrille“ (Person 31).

Der fortwährende Fokus auf Kritik und Beschwerden in der Gesellschaft an dem Altenburger Land werden abgelehnt und als entmutigend wahrgenommen. Stattdessen gilt es nach vorn zu schauen.

„Und mich [...] [bedrückt es, dass die Altenburger immer so hyperkritisch sind über ihre Heimatstadt und über ihre Region. [...] Das Altenburger Land muss sich nicht verstecken. Und da würde ich mir wünschen, dass die Leute ein bisschen offener sind für die Schönheit, die sie erleben“ (Person 30).

3.4.2 Mehr Engagement und Vernetzung

Diskutiert wird mehrheitlich der Wunsch nach mehr Engagement und Vernetzung unter den Ehrenamtlichen.

„Vielleicht würde ich mir wünschen für die Zukunft, dass man noch mehr Leute dazu bringen [kann], sich [zu]engagieren und mitzumachen. Das wäre mein Wunsch“ (Person 4).

„Also ich würde mir eine starke, stärkere Vernetzung wünschen. Dass sich noch ein paar mehr Menschen auf tun, die da ein bisschen noch mitwirken“ (Person 31).

„Und ich wünsche mir für die Leute, die das schon machen, die sich engagieren, auch den Mut und die Ausdauer, das durchzuhalten. Und, und ich wünsche mir, dass dann halt einfach noch viel mehr dazukommen. Also die eine demokratische Grundhaltung haben und das auch zeigen, also auch kundtun (Person 13).

3.4.3 Junge Menschen bleiben im Altenburger Land oder kehren zurück

Ein zentraler Wunsch, der in den Gruppendiskussionen und während der Stadtspaziergänge deutlich wurde, ist, dass junge Menschen in Altenburg leben, dass sie bleiben, wiederkommen und insgesamt der *„prognostizierte Bevölkerungsrückgang nicht im dem Maße eintritt, wie vorhergesagt“* (Person 10).

„Also das ist ein bisschen meine Hoffnung für Altenburg, dass wir an einen Punkt kommen, wo [...] sich das einkriegt und nicht weiter nach unten geht, sondern stagniert und dann vielleicht auch wieder ein paar junge Leute hier [ankommen]“ (Person 9).

„Die Jugend soll bleiben“ (Stadtspaziergang Abschnitt 30).

Gleichzeitig wird Mitgefühl mit den jungen Menschen ausgedrückt, die lieber andere Wohnorte mit mehr Perspektiven für sich wählen.

3.4.4 Weitere Wünsche

Weitere Wünsche für die Zukunft des Altenburger Landes, die in den Gruppendiskussionen und während den Stadtspaziergängen von Einzelnen angesprochen wurden, sind nachhaltigere und langfristige Förderungen und Projekte sowie mehr kontinuierlich finanzierte Stellen für die Realisierung und Durchführung von Projekten.

„Dass einfach bestimmte Sachen nachhaltiger, langfristiger gefördert werden, dass es eben nicht immer so nur mal ein kurzes Projekt oder so ein Aufflackern ist, sondern, dass es sich einfach verlässliche Strukturen entwickeln können“ (Person 15).

Es wird außerdem der Wunsch nach demokratischen politischen Kräften und weniger Zulauf zur Partei AfD geäußert. Auch wünschen sich die Teilnehmenden eine ausgeprägtere Streit- und Diskussionskultur sowie allgemein eine höhere Diskussionsbereitschaft.

„Und da würde ich mir wünschen, dass wir eine konstruktive und sachliche Streitkultur und wieder aneignen“ (Person 30).

„Und dass man auf eine Austauschebene zurückkommt, wo man auch wirklich miteinander sprechen kann, wo Gesprächskultur wieder ermöglicht werden kann. Und wir merken es ja auch, nur, wenn man nicht Leuten spricht, kann man in denen Veränderungen hervorrufen“ (Person 33).

3.6 Erfahrungen mit der Partnerschaft für Demokratie

Im Folgenden sollen die Erfahrungen, die Diskussionsteilnehmende mit dem LAP oder der PfD äußern, aufgezeigt werden. Insgesamt wurden deutlich mehr kritische Anmerkungen zur Umsetzung gemacht als neutrale oder positive, worin vor allem ein Wunsch nach der Weiterentwicklung der PfD zum Ausdruck kommt. Entsprechend werden auch Anregungen dafür eingebracht.

Eine Person, die im Rahmen des LAP oder der PfD mit einem Projekt gefördert wurde, äußert, die Relevanz der Förderung durch den LAP für das Projekt.

„Und wie gesagt, das Projekt wäre ohne den LAP nicht möglich gewesen“ (Person 4).

Grundsätzlich wird die Demokratieförderung durch die PfD begrüßt. An der Umsetzung wird aber auch Kritik geäußert. So wird von der Steuerungsgruppe der PfD problematisiert, dass noch nicht alle Vereine, insbesondere in peripheren Gebieten im Landkreis von der Möglichkeit der Förderung wissen.

„Weil viele das immer noch nicht wissen, dass sie diese Anträge stellen können“ (Person 4).

Bei den Stadtspaziergängen zeigte sich, dass keiner der interviewten Personen die PfD zur Demokratieförderung oder im Umgang mit aktuellen Herausforderungen bekannt ist.

An der Projektantragstellung und -förderung wird von der Steuerungsgruppe der hohe Verwaltungsaufwand für Projektnehmende diskutiert.

„Und das ist über die Jahre so gewachsen, Der wurde immer und immer komplizierter und ich habe Angst, dass es noch komplizierter wird. Und da stolpern auch wirklich erfahrene Leute über die kleinen Sachen“ (Person 5).

Dabei wird angemerkt, dass einer Veränderung bzw. Vereinfachung der Antragsformalität jedoch die Rahmenbedingungen der Förderung in der PfD entgegenstehen, die vom Bund vorgegeben werden.

„Wir werden von der Antrags von den Antragsinhalten nicht davonkommen, weil das sind Forderungen des Bundes, nicht des Landkreises“ (Person 7).

Ein Auflehnen gegen die Vorgaben des Bundes wird mit möglichen negativen Sanktionen verbunden.

„Wenn du dann beim Bund genau diese Problemlagen anspricht, da bist du dann erst mal in der Reihe ganz unten“ (Person 7).

Andere potenziell Förderberechtigte äußern, dass sie aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes bei der PfD auf andere Mittel zurückgreifen und daher bisher keinen Antrag gestellt hätten.

„Wir sind tatsächlich bislang nicht in diesem Förderprogramm im Verfahren drin. [...] Wir nicht und bislang also das eine ist das Abschreckende ohnehin, was den Aufwand betrifft“ (Person 35).

Es wird diskutiert, dass interessierte Förderberechtigte als Folge andere Fördermittelgeber wählen oder keine Förderungen mehr in Anspruch nehmen.

„Und wenn die dann mal die uns, sag ich mal, jahrelang die Treue gehalten haben und dann entsprechende Projekte machen und dann selber sagen, boah, das ist mir zu kompliziert, dann wird es vermutlich auch schwieriger werden, solche Projekte zukünftig dann noch durchzuführen“ (Person 4).

Ein Projektträger bestätigt diese Sorgen:

„Was ich glaube oder was in unserem oder meinem Empfinden auch ist, ist, dass manchmal für gewisse Fördertöpfe, Fördergelder, vielleicht auch die Hemmnisse ein bisschen hoch sind“ (Person 16).

Es wird kritisiert, dass die Förderbedingungen für junge Menschen zu schwer umzusetzen sind.

„Wie soll der denn als nicht engagierter Mensch jetzt sagen, okay, jetzt fülle ich hier mal sechs Seiten aus und tue auch gleich einen Finanzierungsplan mit beifügen, weil ich das natürlich schon kann mit meinen 14 Jahren, weil warum nicht“ (Person 34).

Die Antragsformalitäten werden gerade für junge Menschen als zu kompliziert erachtet, da diesen die dafür notwendigen Fähigkeiten fehlen.

Entsprechend wird von einem Teilnehmer moniert, dass an dem Programm nur etablierte Institutionen teilnehmen und davon profitieren würden.

Darüber hinaus wird die Sorge geteilt, dass das Programm auch von demokratiefremden Personengruppen genutzt werden könnte.

„Ob da eine eiskalter und rotzfrecher Antrag von irgendwelchen der AfD oder dieser starken Heimat nahestehenden Gruppierungen kommt und sagt, wir sehen Extremismus und zwar auf der linken Seite. Wir würden eine Veranstaltung, die die das Gewaltpotenzial der Antifa stärker benennt uns gerne fördern lassen. Dann wird es schon schwierig. Das wird wahrscheinlich, das könnte man schlecht ablehnen, diese Förderung“ (Person 32).

Weiterhin in der Steuerungsgruppe besprochen, dass die Projektberatung und Betreuung der Projekte nach der Mittelvergabe für nachhaltige Ergebnisse noch enger stattfinden sollte. Auch förderberechtigte und bereits geförderte Projektträger problematisieren die mangelnde Nachhaltigkeit der Projekte.

„Dann gibt es, ich sag mal, alle geförderten Angebote von LAP bis zu anderen Programmen. Da machen die Akteure mit viel Engagement singuläre Projekte. Die Nachhaltigkeit ist schwierig“ (Person 30).

„Aber das ist eben nur begrenzt nachhaltig, weil wir eben jedes Jahr wieder darum betteln und barmen, dass das Geld dafür bewilligt wird“ (Person 15).

Das Problem der nicht nachhaltigen Förderung wird von einer Person als systematisch gerahmt. Gefordert wird außerdem ein „*ordentliches Qualitätsmanagement. Also es muss extern beurteilt werden aufgrund wirklich qualitativer Standards und einer Wirkungsmessung*“ (Person 33). Dieser Wunsch bezieht sich auf die Evaluation von Projekten, der Projektergebnisse, der Rahmenbedingungen der Förderung und der Koordinierungsstelle.

An dem Format der Demokratiekonferenz wird problematisiert, dass dort Personen mit ähnlichen Positionen zusammentreffen. Es wird gefordert, dass bei den Demokratiekonferenzen eher die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger abgefragt werden sollen.

„Also wir waren ja letztens auf der Demokratiekonferenz aber es sind da zwei Projekte vorgestellt worden, aber mir war das fast ein bisschen zu wenig, sage ich jetzt mal so, also ich habe mir da fast mehr erwartet. [...] Ich dachte, Mensch, ja, also ich denke, man müsste mehr eine Bedarfserhebung machen“ (Person 31).

Hinsichtlich der Handlungsfelder der Pfd wird in der Gruppendiskussion mit der Steuerungsgruppe deutlich, dass es zwar eine sukzessive Weiterentwicklung gab, Themen jedoch nie wirklich abgeschlossen werden.

„Und das war mir noch so diese Illusion. Irgendwann können wir Themen abhaken und uns dem Nächsten widmen. Nee, nee, wir haben kein Thema abgehakt. Nee. Immer wieder sind andere Sachen daraus entstanden, die es notwendig machten, dass mit Projekten wieder Leben einzuhauchen“ (Person 8).

4. Interpretation der Ergebnisse, Implikationen und Handlungsempfehlungen

An dieser Stelle werden die Ergebnisse noch einmal verdichtet dargestellt und von uns interpretiert. Daraus leiten wir Implikationen und Handlungsempfehlungen ab.

Die durchgeführte Stärken- und Ressourcenanalyse verdeutlicht, dass eine gegenwärtige und länger bestehende Herausforderung für die Demokratie im Altenburger Land die Stärkung der Gemeinwohlorientierung⁹ in der Gesellschaft ist. Aus Perspektive der zivilgesellschaftlichen Akteure und Akteurinnen gibt es zu wenig Menschen, die sich für das Gemeinwesen vor Ort, die Gestaltung eines attraktiven Lebensumfelds und ein gesellschaftliches Miteinander einsetzen und dabei selbst Verantwortung übernehmen. Sie erleben stattdessen Unzufriedenheit und Passivität unter den Menschen. Dabei kommt der Wunsch zum Ausdruck, dies zu ändern.

Wahrgenommen wird stattdessen, dass der Staat – personalisiert durch Politikerinnen und Politiker – von den Menschen als maßgeblich verantwortlicher Akteur für die Gestaltung des Gemeinwesens erachtet wird. Dabei wird erwartet, dass Politikerinnen und Politiker sich für die Region engagieren und möglichst alle Interessen bedienen. Darin zeichnet sich auch ein fehlendes Verständnis dafür ab, dass im Rahmen demokratisch gewählter Gremien Probleme

⁹ Vgl. Degens, Philipp/Lapschies, Lukas, Zivilgesellschaftliches Wirtschaften. Ein konzeptioneller Vorschlag, Wiesbaden 2021, S. 9 ff.

gemeinsam besprochen, partikulare Interessen verhandelt und Lösungen im Sinne des Gemeinwohls abgewogen werden.

Als problematisch wird von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren erachtet, dass es an medialen Kanälen fehlt, in denen eine sachliche Berichterstattung unter Einbezug verschiedener Perspektiven stattfindet. Entsprechend besteht keine ausgeprägte Verbindung zwischen Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft und lokalen Medien, in dessen Folge es an Kanälen mangelt die unterschiedlichen Sichtweisen von Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft in die öffentliche Kommunikation einzubringen. Dabei haben lokale Medien „politische und soziale Funktionen, gemeint sind Informations-, Öffentlichkeits- und Artikulationsfunktionen, politische Bildungs- und Sozialisationsfunktionen sowie die Kritik- und Kontrollfunktion auf der einen Seite und soziale Orientierungsfunktion, gesellschaftliche Sozialisationsfunktion sowie Reaktionsfunktion auf der anderen Seite“. ¹⁰ Infolge fehlt eine kritische Öffentlichkeit, die zur politischen Bildung der Bürgerinnen und Bürgern vor Ort beitragen könnte. Aus der Forschung ist bekannt, dass ein Mangel an lokalen Medien zu einer geringeren Verbundenheit vor Ort und zu mehr Unzufriedenheit in der Bevölkerung führt. ¹¹

Wie hier deutlich wird, ist eine lokale demokratische Kultur bedingt durch Zusammenhänge zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement der Bürgerinnen und Bürger, formaler repräsentativer Demokratie (Kommunalpolitik) und der Öffentlichkeit. ¹² Lokale Demokratie ist somit mehr als nur die repräsentative Demokratie in Form der Kommunalpolitik. Zugleich zeichnet sich hier ab, dass gerade die lokale Demokratie vor Ort einen dynamischen Charakter hat und bestimmt durch die Akteure und Akteurinnen vor Ort gestaltet und verändert werden kann.

Um die Gemeinwohlorientierung zu stärken und die in den Gruppendiskussionen artikulierten Wünschen nach mehr Offenheit, Diskursbereitschaft und Wertschätzung in der Gesellschaft anzugehen, braucht es unterschiedliche Herangehensweisen. In den Gruppendiskussionen selbst wird gefordert, mehr Begegnungsräume vor Ort zu schaffen sowie Bürgerinnen und Bürger stärker zu beteiligen.

Begegnungsräume sind vor allem Vereine, Nachbarschaftszentren und -hilfen oder einzelne Initiativen (wie das gemeinsame Essen auf dem Marktplatz in Altenburg). Unterstützt werden kann dies durch eine aktive Gemeinwesenarbeit ¹³, die die Vernetzung und einen Austausch vor Ort unterstützt, die Gestaltung von Nachbarschafts- und Selbsthilfen anregt sowie die Fähigkeit von Bürgerinnen und Bürgern fördert, das Gemeinwesen selbst zu gestalten. Ein Aspekt dessen ist auch die politisch-demokratische Bildung der Menschen.

Beliebte Formen der politischen Partizipation der Thüringerinnen und Thüringer sind laut dem Thüringenmonitor Unterschriftensammlungen (89 Prozent), Teilnahme an angemeldeten

¹⁰ Möhring, Wiebke, Lokaljournalismus im Fokus der Wissenschaft. Zum Forschungsstand Lokaljournalismus – unter besonderer Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen, https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/lfm-nrw/Foerderung/Forschung/Dateien_Forschung/L171_Lokaljournalismus-im-Fokus-der-Wissenschaft_LfM-Doku51.pdf#:~:text=Relevanz%20gewonnen zugegriffen am 04.09.2024, S. 54.

¹¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung. Zwischen Nähe und Distanz: Was Lokaljournalismus leisten kann und was nicht, <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/235227/zwischen-naehe-und-distanz-was-lokaljournalismus-leisten-kann-und-was-nicht/#:~:text=Neben%20den> zugegriffen am 04.09.2024.

¹² Vgl. Oehler, Patrick, Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit, https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr_20_Expertise_GWA.pdf zugegriffen am 09.09.2024, S. 10.

¹³ Vgl. ebd., S. 17 ff.

Demonstrationen (62 Prozent) und Mitarbeit in Bürgerinitiativen (58 Prozent).¹⁴ Hierin kommen direktdemokratische und demonstrative Beteiligungsformen sowie engagementbasierte Ansätze der lokalen Selbsthilfe und -gestaltung des Gemeinwesens¹⁵ zum Ausdruck. Dabei wird bereits deutlich, dass Partizipation nicht von der Kommunalpolitik oder -verwaltung ausgehen muss, sondern auch durch Bürgerinnen und Bürger selbst initiiert werden kann. Natürlich gibt es zu den genannten Beteiligungsformen noch weitere konkrete Beteiligungspraktiken (z.B. Runde Tische, Bürgerhaushalte etc.). Vom Thüringenmonitor nicht benannt sind darüber hinaus deliberative Demokratieansätze, bei denen, Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse beratend eingebunden werden sowie alltagskulturelle Praktiken von Demokratie in Kita, Schule, Vereinen etc.¹⁶ Dieses Potenzial gilt es zu nutzen und auszubauen. Wichtig ist, um nicht nur die bereits Engagierten einzubinden, dass Beteiligungsprozesse möglichst niedrigschwellig gestaltet und vor Ort bei den Menschen stattfinden. Zugleich muss dabei auf die Ressourcen der Engagierten geachtet werden.

Auch die Demokratiekonferenzen im Altenburger Land können zu einem Erfahrungsraum von Demokratie werden, in dem dort demokratische Erfahrungen und Momente der Partizipation diskutiert werden. Dabei sollte gerade die Gruppe der jungen Menschen einbezogen und ihnen ‚echte‘ Partizipationsmöglichkeiten angeboten werden. Die Erfahrung von Scheinpartizipation hat dagegen negative Effekte für ihre Selbstwirksamkeit und ihr Demokratiebewusstsein.¹⁷

Demokratische Prozesse und Regeln selbst kennenzulernen und anzuwenden, Themen miteinander zu reflektieren und zu verhandeln, kann dazu beitragen, dass das demokratische politische System in der Bundesrepublik und die in der Politik erarbeiteten Kompromisse und Lösungen mehr Anerkennung erfahren. Dafür müssen eigene Demokratieerfahrungen und -prozessen im Lebensumfeld und auf lokaler Ebene zu reflektieren und in Bezug zu setzen mit jenen auf den höheren politischen Ebenen. Es wird zwar oft von einem Spill-Over-beziehungweise Übertragungseffekt ausgegangen, jedoch kommt es gemäß Erkenntnissen aus der Politikdidaktik eher zum Brückenproblem.¹⁸ Das heißt die Ebenen werden nicht oder nur unzureichend verknüpft, wenn dies nicht thematisiert wird.

¹⁴ Vgl. Reiser, Marion et al., Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2023, https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thuringenmonitor/Politische_Kultur_Thueringen_bf.pdf zugegriffen am 28.08.2024, S. 67.

¹⁵ Vgl. Oehler, Patrick, Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit, https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr_20_Expertise_GWA.pdf zugegriffen am 09.09.2024, S. 12,

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Vgl. Jugendstrategie der Bundesregierung. Nationaler Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung, <https://jugendstrategie.de/deine-meinung-zaeht-echte-jugendbeteiligung-statt-leerer-versprechen/> zugegriffen am 27.08.2024; vgl. dazu auch Stange, Waldemar/Lührs, Hans Peter, Pro- und Contra-Diskussion. Gefahren und Chancenpotentiale von Kinder- und Jugendgremien. In: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentien, Christian (Hrsg.) Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 435 ff.

¹⁸ Vgl. May, Michael, Das Brücken-, Urteils- und Emanzipationsproblem als strukturelle Bedingung kompetenten Lehrerhandelns im Sozialkundeunterricht – Politiklehrerkompetenzen und deren Anbahnung in der ersten Phase der Lehrerbildung. In: Kleinespel, Karin (Hrsg.) Ein Praxissemester in der Lehrerbildung. Konzepte, Befunde und Entwicklungsperspektiven am Beispiel des Jenaer Modells der Lehrerbildung. Bad Heilbrunn 2021; vgl. dazu auch Petrik, Andreas, Basiskonzepte, Brückenbildung, Kompetenzentwicklung? Dewey, Spranger, Wagenschein, Piaget! Drei politikdidaktische Kontroversen und vier genetische Lösungsvorschläge. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), 56:4 (2007).

Beteiligungsprozesse und ihre Ergebnisse respektive Wirkung sollten zudem öffentlich sichtbar(er) gemacht¹⁹ und das hier eingebrachte Engagement wertgeschätzt werden. „Damit die[...] Formate erfolgreich sein können, müssen die Organisatoren von Beteiligungsverfahren [und weiteren Partizipationsmöglichkeiten] Kommunikation als Daueraufgabe verstehen. Diese Aufgabe beginnt mit der Erstansprache und der Akquise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Und sie endet oftmals erst nach der eigentlichen Beteiligung: mit Informationen über Resultate und Erreichtes, verbunden mit einer Anerkennung für das Engagement.“²⁰

Um Demokratie- und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, muss insbesondere auch die Politik auf die Sorgen der Menschen und die sie bewegenden Themen eingehen beziehungsweise es muss medial vermittelt werden, dass sie dies tut. Der Thüringen-Monitor zeigt, dass eine als schlecht bewertete ökonomische Lage, ein wahrgenommener Fachkräftemangel. „ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung, ein Mangel an wahrgenommener Responsivität des politischen Systems, ein Gefühl der Benachteiligung als [...] [Ostdeutsche oder Ostdeutscher] sowie der Eindruck, keinen Einfluss auf das politische System nehmen zu können, zu niedrigen Demokratiezufriedenheitswerten“ führt.²¹ Politische Akteurinnen und Akteure sollten dabei insbesondere auf die Bevölkerung im ländlichen Raum achten, die sich, wie sich bei den Stadtspaziergängen zeigte, wenig wahrgenommen fühlt.

„59 Prozent der befragten [...] Thüringerinnen und Thüringer [empfinden], dass die Bundesrepublik ‚in gefährlichem Maße überfremdet ist‘. Dieser hohe Grad an Zustimmung stellt den Rekordwert in der Zeitreihe des THÜRINGEN-MONITORS dar.“²² Diesen Eindruck teilen die Diskussionspartnerinnen und Partner in den Gruppendiskussionen der vorliegenden Studie. Mit Bildungsangeboten könnte der Herausforderung des Umgangs mit exkludierenden Praktiken, wie fremdenfeindliche Positionen in der Gesellschaft und der Aufstieg fremdenfeindlicher und rechter Parteien begegnet werden. In den Gruppendiskussion wird der Wunsch geäußert Umgangsstrategien mit intoleranten Positionen und Aussagen in der Gesellschaft und im Alltag zu erlernen. Bildungsangebote können jedoch primär nur ein Bewusstsein für den Wert von Demokratie bei Personen schaffen, die noch keine extremistische Haltung verinnerlicht haben. Für einen Umgang mit sich radikalierenden Personen könnte hingegen der Ansatz der aufsuchenden Distanzierungsarbeit herangezogen werden.²³ Dabei gilt es die Person als Mensch anzuerkennen, aber zugleich demokratiefeindliche Positionen zu hinterfragen und Grenzen aufzuzeigen. Dies erfordert im sozialpädagogischen Sinne eine professionelle Beziehungsarbeit.

Bisher noch kein Gegenstand der Partnerschaft für Demokratie im Altenburger Land ist der Umgang mit Falschinformationen in Zeitungen und sozialen Medien. Diese Herausforderung

¹⁹ Vgl. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Demokratie und Partizipation, <https://www.b-b-e.de/themenfelder/engagement-partizipation-demokratie/demokratie-und-partizipation/> zugegriffen am 28.08.2024.

²⁰ Bertelsmann-Stiftung, Wegweiser breite Bürgerbeteiligung. Argumente, Methoden, Praxisbeispiele, https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Wegweiser_breite_Beteiligung_FINAL.pdf zugegriffen am 28.08.2024.

²¹ Reiser, Marion et al., Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2023, https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thuringenmonitor/Politische_Kultur_Thuringen_bf.pdf zugegriffen am 28.08.2024, S. 67.

²² Ebd., S. 67.

²³ Vgl. Grimm, Rebekka et al., Den Einstieg in den Rechtsextremismus verhindern. Aufsuchende Distanzierungsarbeit gegen Radikalisierung bei jungen Menschen. Ein Leitfaden, Leverkusen 2024.

sollte in der kommenden Förderperiode aufgegriffen werden, um Umgangsstrategien zu vermitteln und zu etablieren. Für eine verbesserte Einordnung von Falschinformationen gilt es die Bürgerinnen und Bürger für die Existenz von Falschinformationen zu sensibilisieren und allen Generationen Medien- und Nachrichtenkompetenzen zu vermitteln.²⁴ Eingesetzt werden könnten in diesem Zusammenhang partizipative Bildungsangebote oder eine aufsuchende Online-Sozialarbeit. Etabliert werden könnten zudem Gegen- und Alternativkampagnen.²⁵

Darüber hinaus könnte ebenfalls überlegt werden, sich im Rahmen der Neuausrichtung der Pfd der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu widmen. Dabei sollte eine Interaktion mit den Menschen und eine kritische Auseinandersetzung mit ihren persönlichen Geschichten erfolgen. Hier sollte es zum einen darum gehen, persönlich erlebter Entwertung und Abwertung der eigenen Biografie entgegenzuwirken – zugleich aber auch kritische Aspekte der DDR nicht zu vergessen. Für ein Zustandekommen entsprechender Projekte bietet es sich an, geeignete Kooperationspartner, wie etwa die Volkshochschule, kirchliche Gemeinden, Gedenkstätten oder Gewerkschaften gezielt anzusprechen und so für ein Mitwirken zu gewinnen. Insgesamt wurde deutlich, dass die Partnerschaft für Demokratie im Altenburger Land in der Auseinandersetzung mit den rekonstruieren Herausforderungen auf zahlreiche vernetzte Ehrenamtliche zurückgreifen und sich auf gelebte Demokratiepraktiken in bereits bestehenden Vereinigungen im Altenburger Land stützen kann.

Für die Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie empfehlen wir die folgenden Handlungsfelder:

- Echte aktivierende Partizipationsmöglichkeiten (von jungen Menschen) – selbst „Denken, Planen, Gestalten, Handeln“, um demokratische Prozesse kennenzulernen, zu verstehen und dabei Selbstwirksamkeit zu erfahren
- Umgang mit Falschinformationen: Konstruktive dialogische Umgangsstrategien mit intoleranten Positionen zu erlernen – Wieder miteinander „Diskutieren“ können
- Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Auf Basis der Analyse schlagen wird außerdem folgende Handlungsempfehlungen für die Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie im Altenburger Land vor:

- Stärkung der Jugend- und Gemeinwesenarbeit insbesondere in ländlichen Gebieten
- Aufsuchende Distanzierungsarbeit im Umgang mit sich radikalisierenden Personen, die zunehmend durch demokratie- und menschenfeindliche Positionen auffallen
- Aufsuchende Online-Sozialarbeit im Umgang mit Radikalisierung in sozialen Medien

²⁴ Vgl. Unzicker, Kai, Desinformation: Herausforderung für die Demokratie, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/ST-DZ_Desinformation_Herausforderung_fuer_die_Demokratie_Europa_2023.pdf zugegriffen am 28.08.2024.

²⁵ Vgl. Hohnstein, Sally/Zschach, Maren, Digitale Extremismusprävention international – Anregungspotentiale für die deutsche Praxis? Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention, München 2023, S. 23 ff.

5. Limitationen

Aus der Stärken- und Ressourcenanalyse lassen sich Implikationen für die Antragsstellung der Neuausrichtung der Partnerschaften für Demokratie im Altenburger Land ableiten. Die Gruppendiskussionen mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sowie die Kurzinterviews während der Stadtspaziergänge im Altenburger Land ermöglichten Einblicke in die Herausforderungen vor Ort.

Wir möchten jedoch darauf aufmerksam machen, dass das Projektteam wenig mit dem Altenburger Land vertraut war und ist. Das Bild, das wir anhand der Ergebnisse, hier erzeugen, basiert daher ausschließlich auf den Schilderungen der Teilnehmenden sowie befragten Bürgerinnen und Bürger. Zur Interpretation der Ergebnisse diente uns vor allem wissenschaftliche Literatur.

Um der Situation vor Ort gerecht zu werden, ist während der kommenden Demokratiekonferenz ein Workshop zur Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse geplant. Hier sollen vor allem die entwickelten Implikationen mit Bürgerinnen und Bürgern besprochen werden.

6. Literaturverzeichnis

Bertelsmann-Stiftung, Wegweiser breite Bürgerbeteiligung. Argumente, Methoden, Praxisbeispiele, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Wegweiser_breite_Beteiligung_FINAL.pdf.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, <https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie>.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/221027_Grundsaeetze_der_Foerderung_Kommune.pdf.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Antrag für den Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Altenburger Landes 2024.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Demokratie und Partizipation, <https://www.b-b-e.de/themenfelder/engagement-partizipation-demokratie/demokratie-und-partizipation/>.

Bundeszentrale für politische Bildung. Zwischen Nähe und Distanz: Was Lokaljournalismus leisten kann und was nicht, <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/235227/zwischen-naehe-und-distanz-was-lokaljournalismus-leisten-kann-und-was-nicht/#:~:text=Neben%20den>.

Degens, Philipp/Lapschieß, Lukas, Zivilgesellschaftliches Wirtschaften. Ein konzeptioneller Vorschlag, Wiesbaden 2021.

Ehmayer-Rosinak, Cornelia, Empirischer Stadtspaziergang – ESP. Online: <https://stadtpsychologie.at/empirischer-spaziergang>.

Grimm, Rebekka/Meixner, Judith/Müller, Lisa/Pannemann, Malte/Wiechmann, Peer, Den Einstieg in den Rechtsextremismus verhindern. Aufsuchende Distanzierungsarbeit gegen Radikalisierung bei jungen Menschen. Ein Leitfaden, Leverkusen 2024.

Hohnstein, Sally/Zschach, Maren, Digitale Extremismusprävention international – Anregungspotentiale für die deutsche Praxis? Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention, München 2023.

Jugendstrategie der Bundesregierung. Nationaler Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung, <https://jugendstrategie.de/deine-meinung-zaehlt-echte-jugendbeteiligung-statt-leerer-versprechen/>.

Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan, Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, 5. erweiterte Auflage, Weinheim und Basel 2022.

Liebig, Brigitte/Nentwig-Gesemann, Iris, Gruppendiskussion. In: Kühl, Stefan/Strodtholz, Petra/Traffertshofer, Andreas (Hrsg.) Handbuch Methoden der Organisationsforschung. Wiesbaden 2009.

May, Michael, Das Brücken-, Urteils- und Emanzipationsproblem als strukturelle Bedingung kompetenten Lehrerhandelns im Sozialkundeunterricht – Politiklehrerkompetenzen und deren Anbahnung in der ersten Phase der Lehrerbildung. In: Kleinespel, Karin (Hrsg.) Ein Praxissemester in der Lehrerbildung. Konzepte, Befunde und Entwicklungsperspektiven am Beispiel des Jenaer Modells der Lehrerbildung. Bad Heilbrunn 2021.

Möhring, Wiebke, Lokaljournalismus im Fokus der Wissenschaft. Zum Forschungsstand Lokaljournalismus – unter besonderer Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen, https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/lfm-nrw/Foerderung/Forschung/Dateien_Forschung/L171_Lokaljournalismus-im-Fokus-der-Wissenschaft_LfM-Doku51.pdf#:~:text=Relevanz%20gewonnen.

Oehler, Patrick, Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit, https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._20_Expertise_GWA.pdf.

Petrik, Andreas, Basiskonzepte, Brückenbildung, Kompetenzentwicklung? Dewey, Spranger, Wagenschein, Piaget! Drei politikdidaktische Kontroversen und vier genetische Lösungsvorschläge. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), 56:4 (2007).

Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika, Gruppendiskussionen. In: Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.) Qualitative Sozialforschung. 5. überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin, 2021.

Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars, Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2023, https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Politische_Kultur_Thueringen_bf.pdf.

Schäfer, Martina, Arbeiten im Sozialraum. Supervision als Chance für eine professionelle Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit, Wiesbaden 2021.

Stange, Waldemar/Lührs, Hans Peter, Pro- und Contra-Diskussion. Gefahren und Chancenpotentiale von Kinder- und Jugendgremien. In: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentien, Christian (Hrsg.) Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016.

Unzicker, Kai, Desinformation: Herausforderung für die Demokratie,
https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/ST-DZ_Desinformation_Herausforderung_fuer_die_Demokratie_Europa_2023.pdf.

Anhang

Anhang 1: Exemplarischer Leitfaden einer Gruppendiskussion

Vorab

- Danke fürs Kommen
- Gibt es Fragen vor ab?
- Vorstellung der eigenen Person: Individuell
- Heutiges Anliegen: Prof. Dr. Stefanie Kessler wurde damit beauftragt eine Situations- und Ressourcenanalyse zu Einstellungen, Krisen und demokratiefördernder und hemmender für den Landkreis Altenburger Land durchzuführen. Dafür haben wir eine Dokumentenanalyse durchgeführt und werden Stadtpaziergänge und Gruppendiskussionen durchführen. Heute findet die dritte Gruppendiskussion mit Ihnen als
 - A) Sportverein
 - B) Lokalpolitiker*innen
- Ablauf der Gruppendiskussion erklären: Kein standardisiertes Interview. Es wird zunächst Eingangsfrage von mir gestellt, den Sie ihr als thematischen Rahmen verstehen können. Sie als Gruppe könnt entscheiden, mit welchen Themen Sie die Frage beantworten möchtet und wie das Gespräch verlaufen wird. Später werde ich vielleicht Fragen stellen, wenn ich etwas nicht verstanden habe.
Gerne möchte ich betonen, dass ich an der Schilderung von konkreten Erfahrungen und Geschichten interessiert bin. Gerne möchte ich Sie bitten, euch auf ungewöhnliche Situation einzulassen und so miteinander zu reden, wie Sie auch sonst auch miteinander reden würden
- Anonymität und Diskretion – bitten, dass das Gesagte „im Raum“ bleibt. Gesagte wird diesem Aufnahmegerät aufgenommen und anonym transkribiert.
- Bitten die Einverständniserklärung zu unterschreiben
- Gibt es Fragen, bevor das Aufnahmegerät eingeschaltet wird?
- Ankündigen, dass das Aufnahmegerät nun eingeschaltet wird

Erzählstimulus

Erzählen Sie uns aus Ihrer Praxis. Wie fördern Sie als Lokalpolitiker*innen die Demokratie im Altenburger Land? Bitte berichten Sie von konkreten Projekten und Beispielen aus ihrer Praxis.

Immanente Nachfragen

Nachfrage, sollte ich etwas nicht verstanden haben.

Exmanente Nachfragen

Erleben und Erfahren von Demokratie	In welchen Momenten nehmen Sie Demokratie im Altenburger Land wahr? In welchen Momenten wünschen Sie sich mehr Demokratie im Altenburger Land? Was sind Herausforderungen für die Demokratie im Altenburger Land und wie gehen Sie mit diesen um?
Erfolge der Projekte/ Vereine im Altenburger Land	Was läuft gut und was waren Erfolge in Hinblick auf die Demokratieförderung?
Herausforderungen Projekte/ Vereine im Altenburger Land	Und was sind Herausforderungen in Hinblick auf die Demokratieförderung? Und wie sind Sie mit diesen umgegangen?
Verhältnis politische Bildung und Demokratieförderung durch die Partnerschaft Verhältnis allgemein zwischen politischer Bildung und Demokratieförderung Rolle für Krisenbewältigung	

Danach

- Bedanken
- Bevor ich das Aufnahmegerät ausschalte, möchte ich Sie gerne fragen, ob es noch etwas gibt, was Sie ansprechen möchten und bisher noch nicht thematisiert haben, solange das Aufnahmegerät noch läuft?
- Kurzfragebogen ausfüllen lassen

Anhang 2: Leitfaden Stadtspaziergänge

Ansprache von Personen:

Können wir Ihnen kurz ein paar Fragen stellen zu Herausforderungen im Altenburger Land?

Vorab:

- Vorstellung der eigenen Person: Individuell
- Vorstellen des Projektes: Prof. Dr. Stefanie Kessler wurde damit beauftragt für das Altenburger Land eine Situations- und Ressourcenanalyse durchzuführen. Wir wollen Krisen, Einstellungen und demokratiefördernde und hemmende Aspekte herausarbeiten. In diesem Zuge führen wir Kurzinterviews mit Bürger:innen an belebten Orten, wie beispielsweise hier, um einen Einblick in die Einstellungen und Ansichten der Bürger:innen zu erhalten.
- Ablauf des Kurzinterviews: Es werden nacheinander vier Fragen gestellt, auf die Sie antworten können. Sie können entscheiden, wie Sie diese Frage beantworten möchten. Gerne möchte ich betonen, dass ich an der Schilderung von konkreten Erfahrungen und Geschichten interessiert bin.
- Abfrage der Aufnahme: Darf das Interview von uns aufgenommen werden? Anonymität und Diskretion - Gesagte wird mit diesem Aufnahmegerät aufgenommen und anonym transkribiert.
Wenn nicht aufgenommen werden darf, wird mitgeschrieben von der zweiten Person
- Gibt es Fragen, bevor das Aufnahmegerät eingeschaltet wird?
- Ankündigung, dass das Aufnahmegerät nun eingeschaltet wird.

Fragen:

- 0) Bitte bestätigen Sie uns, dass wir das Interview aufnehmen dürfen?
- 1) Welche aktuellen Herausforderungen sehen Sie im Altenburger Land?
- 2) Wie werden die von Ihnen genannten Herausforderungen im Altenburger Land schon bewältigt?
- 3) Wie könnten die von Ihnen genannten Herausforderungen vielleicht außerdem noch bewältigt werden?
- 4) Was wünschen Sie sich für die Zukunft des Altenburger Landes in Bezug auf Demokratie?

Danach:

- Bedanken.
- Wenn aufgenommen wurde: Einverständniserklärung mitgeben

Anhang 3: Kategoriensystem

Hauptkategorien

1. Demokratieverständnis
2. Krisen
3. Aktuelle Stärken
4. Beschreibung Altenburger Land
5. Gründe, gerne im Altenburger Land zu leben
6. Wünsche für das Altenburger Land
7. Engagement
8. Erfahrungen mit der Partnerschaft für Demokratie

Hauptkategorien	Definition	Ankerbeispiel
1 Demokratieverständnis	Unter diese Kategorie fallen alle Aussagen, in denen beschrieben wird, was Demokratie für die Diskussionsteilnehmenden bedeutet.	„Demokratie bedeutet für mich wählen gehen.“
2 Krisen	Unter diese Kategorie fallen alle Aussagen, in denen aktuelle und vergangene Krisen im Altenburger Land und für die Demokratie im Altenburger Land genannt und beschrieben werden.	„Rechtspopulistische Parteien sind ein Problem für das Altenburger Land.“
3 Stärken Demokratieförderung im Altenburger Land	Unter diese Kategorie fallen alle Aussagen in denen allgemeine Stärken, Bedingungen, Versuche und Initiativen im Altenburger Land zur Stärkung der Demokratie ohne Krisenbezug genannt werden.	„Wir beantragen regelmäßige Förderungen.“
4 Beschreibung Altenburger Land	Unter diese Kategorie fallen alle Aussagen, in denen das Altenburger Land beschrieben wird.	„Im Altenburger Land leben viele ältere Menschen.“
5 Gründe gerne im Altenburger Land zu leben	Unter diese Kategorie fallen auch alle Gründe, warum die Personen gerne im Altenburger Land leben.	„Ich lebe gerne wegen der kulturellen Angebote im Altenburger Land.“
6 Wünsche für das Altenburger Land	Unter diese Kategorie fallen alle Aussagen, in denen Wünsche für das Altenburger Land genannt werden.	„Ich wünsche mir mehr Zusammenhalt im Landkreis.“
7 Erfahrungen mit der Partnerschaft für Demokratie	Unter diese Kategorie fallen alle Aussagen, in denen Erfahrungen mit der Partnerschaft für Demokratie im Altenburger Land oder dem Programm „Demokratie leben!“ thematisiert werden.	„Ich habe nur gute Erfahrungen mit dem Bundesprogramm hier in Altenburg gemacht.“

Subkategorien für Hauptkategorie 2

- 2.1 Krise 1
 - 2.1.1. Bestehende Bewältigungsressourcen
 - 2.1.2 Benötigte Bewältigungsressourcen
- 2.2 Krise 2
- 2.3 Krise 3
- 2.4 Sonstige Herausforderungen

...

2.1 Krise 1 (Beispiel)	Unter diese Kategorie fallen alle Aussagen, in denen Krise 1 als Krise im Altenburger Land und für die Demokratie im Altenburger Land genannt wird.	„Krise 1 ist ein Problem für das Altenburger Land.“
2.1.1 Bestehende Bewältigungsressourcen Krise 1	Unter diese Kategorie fallen alle Aussagen, in denen bestehende Ressourcen genannt werden, wie aktuell oder in der Vergangenheit mit der Krise 1 umgegangen wurde.	„Mit Schulungen haben wir Krise 1 in den Griff bekommen.“
2.1.2 Benötigte Bewältigungsressourcen	Unter diese Kategorie fallen alle Aussagen, in denen mögliche zusätzliche Ressourcen genannt werden, wie mit der Krise 1 umgegangen werden kann.	„Mit Schulungen könnten wir Krise 1 in den Griff bekommen.“
2.2 Krise 2 (Beispiel)	Unter diese Kategorie fallen alle Aussagen, in denen Krise 2 als Krise im Altenburger Land und für die Demokratie im Altenburger Land genannt wird.	

Anhang 4: Tabelle Dokumentenanalyse

Jahr	Herausforderungen/ Handlungsschwerpunkte	Ressourcen
2011	politische Einstellungen und politisches Handeln die Förderung des Engagements der Bürger:innenschaft Prävention und Handlungsstrategie gegen politischen Extremismus Förderung eines friedlichen, toleranten und empathischen Zusammenlebens der verschiedenen Generationen	Kinder und Jugendbildung, präventive Projekte Historisch, politische Bildung (Nationalsozialismus & DDR-& Wendeerfahrung) Interkulturalität, interkulturelle Bildung Aufklärung über Gewalt und Rechtsextremismus Schaffung von Gedenk- und Schutzräumen
2013	Integration (vor allem durch Kinder, Schüler:innen und Jugendlichen durch Kindertagesstätten, Schulen und Jugendzentren) statt Desintegration Abbau einer Kultur der Herabsetzung Stärkung gegenseitiger sozialer Anerkennung Formen der Teilhabe, ein verbessertes Verhältnis von Jung und Alt Wertschätzung von Migranten Stärkung des Engagements im Verein und im Gemeindeleben	Stärken, die vor Ort sind auch zu stärken, Beteiligung und Teilhabe
2018		8 geförderte Projekte mit den Schwerpunkten: frühzeitige Demokratiebildung und politische Partizipation (Mitwirkung der Schulsprecher:innen) historisches Bewusstsein und kulturelle Vielfalt Soziale Integration und Inklusion Sichtbarmachung von Ehrenämtern Soziale Herausforderungen („Faires Miteinander“)
2019	soziale Integration bessere Bildung und Integration Integration und Inklusion von Menschen mit einer anderen ethnischen oder religiösen Herkunft, insbesondere Geflüchteten Gefahr eines gewaltbereiten Rechtsextremismus. historischen Bildung	10 geförderte Projekte mit den Schwerpunkten: Frühzeitige Demokratiebildung und politische Partizipation Kompetenzentwicklung Schulsprecher:innen Historisches Bewusstsein und kulturelle Vielfalt Interkulturelle Bildung und Sensibilisierung Soziale Herausforderungen („Faires Miteinander“) Berufsorientierung Validierung der Pfd
2020		14 geförderte Projekte mit den Schwerpunkten:

		<p>Frühzeitige Demokratieförderungen, politische Partizipation & zivilgesellschaftliches Engagement</p> <p>Bildung und Förderung sozialer Kompetenzen & kritischem Denken an Schulen</p> <p>(Schulsprecher:innen.& Mediatoren, Format: „Wir fragen nach“)</p> <p>Historisches Bewusstsein und kulturelle Vielfalt</p> <p>Events zur Förderung von Demokratiebewusstsein, Solidarität, Interkulturalität, Integration und sozialem Zusammenhalt in der Region</p> <p>Soziale Herausforderungen („Faires Miteinander“, Corona, Fakten/FakeNews)</p> <p>Berufsorientierung</p>
2021	<p>Handlungsfeld 1: Stärkung der sozialen Integration durch besondere Wertschätzung und Stärkung der Zivilgesellschaft</p> <p>Handlungsfeld 2: Historische und politische Bildung im Umgang mit der lokalen Geschichte</p> <p>Handlungsfeld 3: Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft</p> <p>Handlungsfeld 4: Aufklärung über Populismus und undemokratische Tendenzen</p>	<p>Eine Demokratiekonferenz + Zwölf geförderte Projekte mit den Schwerpunkten:</p> <p>Förderung des gesellschaftlichen Dialogs und der Partizipation</p> <p>Stärkung des demokratischen Bewusstseins und Engagements (für Migrant:innen)</p> <p>Bildung und Förderung sozialer Kompetenzen an Schulen (Schulsprecher:innen.& Mediatoren)</p> <p>Historische und kulturelle Aufarbeitung und Sensibilisierung (Kulturelle und soziale Veranstaltungen)</p> <p>Integration und Inklusion (Generationsübergreifend, Interkulturell)</p> <p>Bewusstseinsbildung und Aktivismus zu gesellschaftlichen Themen</p>
2022	<p>Handlungsfeld 1: Stärkung der sozialen Integration durch besondere Wertschätzung und Stärkung der Zivilgesellschaft</p> <p>Handlungsfeld 2: Historische und politische Bildung im Umgang mit der lokalen Geschichte</p> <p>Handlungsfeld 3: Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft</p> <p>Handlungsfeld 4: Aufklärung über Populismus und undemokratische Tendenzen</p>	<p>Zwei Demokratiekonferenzen + Zehn geförderte Projekte</p> <p>Frühzeitige Demokratieförderungen, politische Partizipation & zivilgesellschaftliches Engagement</p> <p>Bildung und Förderung sozialer Kompetenzen & Umgang mit sozialen Herausforderungen</p>

		<p>(Gewalt) an Schulen (Schulsprecher:innen.& Mediatoren)</p> <p>Historisches Bewusstsein und kulturelle Bildung (auch in den Dörfern durch mobile Angebote)</p> <p>Förderung von Diversität, Inklusion, Integration</p> <p>Praktische Bildung (Vermittlung von Wissen in der Projektarbeit)</p>
2023	<p>Handlungsfeld 1: Stärkung der sozialen Integration durch besondere Wertschätzung und Stärkung der Zivilgesellschaft</p> <p>Handlungsfeld 2: Historische und politische Bildung im Umgang mit der lokalen Geschichte</p> <p>Handlungsfeld 3: Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft</p> <p>Handlungsfeld 4: Aufklärung über Populismus und undemokratische Tendenzen</p>	<p>Eine Demokratiekonferenz + 15 geförderte Projekte</p> <p>Bildung und Förderung sozialer Kompetenzen</p> <p>Schulen (Schulsprecher:innen.& Mediatoren) und von Auszubildenden</p> <p>Gemeinschaftsaktionen und -feiern (Gärtnern, Kindertag, Queerer Frühling, Friedenspicknik)</p> <p>Bewusstseinsbildung und Weiterbildung (Historisch, Kulturell)</p> <p>Inklusion und Zusammenhalt</p> <p>Soziale und kulturelle Integration</p> <p>Beratungsangebote auch für Migrant:innen</p> <p>Vorbereitung und Planung Situations- und Ressourcenanalyse</p>
2024	<p>Stärkung der sozialen Integration durch besondere Wertschätzung und Stärkung der Zivilgesellschaft</p> <p>Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft</p> <p>Aufklärung über Populismus und undemokratische Tendenzen</p>	<p>Informationen aus den Demokratiekonferenzen</p>